

3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C 1

3.1.1 Titel:

Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit

3.1.2 Fachgebiete und Arbeitsrichtung:

Politikwissenschaft; Ethnologie; Friedens- und Konfliktforschung

3.1.3 Leiter/in:

PD Dr. Christoph Zürcher
geb. 03.03.1967

Freie Universität Berlin
Osteuropa-Institut
Forschungsdozentur Konfliktforschung
und Stabilitätsexport
Gary Str. 55, 14195 Berlin

Tel.: +49-(0)30-838 53708
Fax: +49-(0)30-838 54160
czuercher@web.de

Dr. Ulrich Schneckener
geb. 13.01.1968

Stiftung Wissenschaft und Politik
Forschungsgruppe „Globale Fragen“
Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin

Tel.: +49-(0)30-88 007 277
Fax: +49-(0)30-88 007 100
ulrich.schneckener@swp-berlin.org

3.2 Zusammenfassung

3.2.1 Kurzfassung

Das Projekt untersucht, unter welchen Bedingungen transnationale Kooperationspartnerschaften zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in gewaltoffenen Räumen zerfallen(d)er Staaten funktionale Äquivalente von Staatlichkeit bereitstellen und inwieweit sie zu einer erfolgreichen Konflikttransformation beitragen. Mithilfe von ethnographischen und mikropolitischen Fallstudien in insgesamt acht lokalen Räumen in Tajikistan, Afghanistan und Pakistan wird analysiert, ob und wie solche externen Stabilisierungsstrategien bei der Bereitstellung von konfliktbearbeitenden Institutionen sowie bei der Herstellung von Sicherheit erfolgreich sein können.

3.2.2 Langfassung

Das Teilprojekt untersucht systematisch und empirisch Funktionsweisen und Erfolgsbedingungen transnationaler Kooperationspartnerschaften, die in zerfallen(d)en Staaten Sicherheit herstellen und zur Konflikttransformation beitragen sollen. In den vergangenen fünfzehn Jahren intervenierte die internationale Gemeinschaft zunehmend in innerstaatliche Konflikte bzw. in Nachkriegsgesellschaften. Diese Interventionen variieren beträchtlich bezüglich Mandat und eingesetzter Ressourcen und reichen von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit

im Umfeld von Krisen und Konflikten bis hin zur Etablierung eines militärischen Gewaltmonopols und einer Interims-Verwaltung. In ihrer *Intention* zielen diese Interventionen darauf ab, Staatsfunktionen zu stärken oder wiederherzustellen. In der *Praxis* tun sie dies, indem sie die Bereitstellung funktionaler Äquivalente von Staatlichkeit durch Kooperation verschiedener Akteure zu fördern versuchen. An solchen Kooperationen sind in den Zielräumen als Adressaten der Intervention NGOs, private Akteure (v.a. lokale „big men“ und klientelistische Netzwerke) sowie Teile von Staatsbürokratien beteiligt. Die Intervenierenden auf der internationalen Ebene sind Internationale Organisationen (IOs), INGOs und staatliche Akteure.

Nachhaltige Konflikttransformation kann nur gelingen, wenn erstens Sicherheit und (relative) Gewaltfreiheit hergestellt ist, wenn zweitens ein institutionelles Gefüge vorhanden ist, welches Konfliktaustragung verregelt und so Konflikte bearbeitbar macht, und wenn drittens in den (Post-) Konflikträumen ein minimales Maß an Ressourcen und Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung steht. Dies alles sind klassische Staatsaufgaben. Da in unseren Untersuchungsräumen jedoch die Bereitstellung von funktionierender Staatlichkeit nicht bzw. nur eingeschränkt gegeben ist, müssen andere Akteure einspringen, um *funktionale Äquivalente von Staatlichkeit* bereitzustellen. Konfliktbearbeitungskapazität und Bereitstellung von Staatsfunktionen werden in der Folge nicht selten von transnationalen Kooperationen privater und öffentlicher Akteure übernommen.

Das Projekt leistet eine exemplarische Bestandsaufnahme solcher Partnerschaften anhand von acht mikropolitischen Fallstudien in drei Ländern (Tajikistan, Afghanistan und Pakistan)¹, untersucht deren bisherigen Leistungsausweis und analysiert ihre Nachhaltigkeit. Methodisch legen wir größten Wert auf Empirie aus erster Hand; die qualitativen Fallstudien basieren auf längeren Feldforschungsaufenthalten, welche es uns ermöglichen, die Realitäten vor Ort zu erfassen. In unseren Untersuchungsräumen sind die „Spielregeln“ in hohem Maße informell, offizielle Daten existieren nicht oder sind nicht verlässlich. Akteure haben meist eine versteckte Agenda und verbergen ihre eigentliche Handlungslogik hinter einer offiziellen Fassade. Deshalb werden wir unsere Datenerhebung in der ersten Phase des SFB weitgehend mittels qualitativer ethnologischer Methoden durchführen. Die aus der ersten Phase gewonnenen Erkenntnisse werden uns in die Lage versetzen, in der zweiten Phase systematisch Hypothesen bezüglich der Erfolgsbedingungen von solchen transnationalen, öffentlich-privaten Kooperationen in der Konfliktbearbeitung zu entwickeln und anhand weiterer Fallstudien zu testen.

¹ Tajikistan: Khatlon, Gharm/Rasht, Gorno Badakhsan; Afghanistan: Afghan Badakhsan, Nangarhar-Laghman-Kunar; Pakistan: Karatschi, Nordwest-Grenzprovinz/Stammesgebiete, Nördliche Gebiete. Eine ausführliche Beschreibung der Untersuchungsräume geben wir im Anhang.

3.3 Ausgangssituation des Teilprojekts

3.3.1 Stand der Forschung

Für dieses Teilprojekt sind insbesondere vier Forschungsstränge relevant: (1) zu zerfallen(d)er Staatlichkeit und Gewalt, (2) zu Netzwerk-*Governance* in schwachen Staaten, (3) zu den Entstehungs- und Organisationsbedingungen verstetigter Gewalt und (4) zu *peace building*.

(ad 1) Zerfallen(d)e Staatlichkeit und Gewalt

Erstens geht es um die Literatur zum Verhältnis zwischen schwachen bzw. *zerfallen(d)en* Staaten und gewaltsamer Konfliktaustragung, etwa Baker und Weller (1998), Reno (2000), De Nardo (1985), Milliken und Krause (2002) sowie die Sammelbände Debiel und Klein (2002), Schneckener (2004) sowie Rotberg (2003, 2004). Dabei besteht Konsens, dass zerfallen(d)e Staatlichkeit die Organisation von Gewalt befördert. Dies kontrastiert mit kontroversen Debatten um die Ursachen von Staatszerfall, um die Kausalbeziehungen zwischen Staatszerfall und organisierter Gewalt sowie um die besten Konzepte zur Stärkung bzw. Wiederherstellung von Staatlichkeit.

Die erste Debatte interessiert in unserem Zusammenhang nur bedingt: zerfallende oder gar verloren gegangene Staatlichkeit nehmen wir als Kontextvariable als gegeben an. Allerdings wollen wir auch untersuchen, ob die Förderung von öffentlich-privaten Kooperationspartnerschaften nicht unter Umständen zerfallene Staatlichkeit perpetuiert bzw. jene Staatsbürokratien begünstigt, welche Teile des „Reststaates“ für ihre partikularen Interessen instrumentalisiert haben. Für den Balkan bzw. für Westafrika haben Krastev (2002, 2003) und Reno (2000) diese Hypothese teilweise bestätigt (vgl. auch für den Südkaukasus und Mittelasien Koehler/Zürcher 2004a, b).

Die Kausalbeziehungen zwischen zerfallen(d)er Staatlichkeit und organisierter Gewalt sind weniger evident, als auf den ersten Blick anzunehmen ist. Ein breiter Konsens besteht lediglich darin, dass zerfallen(d)e Staatlichkeit die Kosten für Rebellen und andere Gewaltakteure senke, weil ein geschwächter Staat nur wenige Ressourcen zur Verteidigung seines Gewaltmonopols zur Verfügung habe. Die Literatur zur zerfallen(d)en Staatlichkeit ist sich aber nicht einig, ob die Zunahme innerstaatlicher und transnationaler Gewalt ein *Indikator* von Staatszerfall darstelle, ob es sich um eine der *Ursachen* für Staatszerfall handle oder ob es hier um die *Wirkungen* zerfallen(d)er Staatlichkeit gehe (vgl. etwa Rotberg 2003, 2004). In Bezug auf Motive, Anreizstrukturen sowie Organisationspotenzial von Gewaltunternehmern weisen die jeweiligen Fälle von gewaltförmigen Konflikten erhebliche Eigenheiten aus, die sich nicht immer adäquat durch verallgemeinernde und/oder quantitative Zugriffe erfassen lassen. Darauf weisen z.B. Ballentine und Sherman (2003) hin, in klarer Abgrenzung zu den großangelegten ökonometrischen Untersuchungen, etwa von Hegre, Ellingsen, Gates und Gleditsch (2001), Collier und Hoeffler (2001) sowie Fearon und Laitin (2001). Einer der problematischen Aspekte dieser Untersuchungen ist, dass sie die Qualität von Staatlichkeit in aller Regel nur anhand des Bruttoinlandproduktes (BIP) messen – ein Maß, das unserer Meinung nach nicht ausreicht, um die Qualität jener Aspekte

wiederzugeben, die uns interessieren (Zugang zu konfliktbearbeitenden Institutionen, öffentliche materielle Güter, zentrale Steuerungsfähigkeit und Gewaltfreiheit).

(ad 2) Netzwerk-Governance in schwachen Staaten

Ein zweiter relevanter Literaturstrang beschäftigt sich mit der Funktionsweise von paternalistischem, klientelistischem und netzwerkbasierendem Regieren in schwachen Staaten. Diese Literatur ist relevant, weil in unseren Untersuchungsräumen „Reststaatlichkeit“ nicht durch bürokratische und entpersonalisierte Institutionen im Weberschen Sinne erreicht wird, sondern ganz wesentlich durch Patronage-Netzwerke. Die politische Ökonomie unserer Untersuchungsräume erschließt sich demnach nicht ohne eine Analyse jener Netzwerk-Strukturen, über welche die wesentlichen Funktionen dieser Rest-Staaten gesteuert werden (in erster Linie sind dies Ressourcenzugriff und Vergabe von Posten). Diese Literatur hat eine breite Palette von Fallbeispielen hervorgebracht, in erster Regel aus Afrika, Lateinamerika sowie aus der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion, z.B. Ssereo (2003), Gumpfenberg (1999), Christophe (2003), Eisenstadt und Roniger (1984), Willerton (1992), Collins (2002) und Easter (1996). Überwiegend theoretische Ansätze bieten etwa Jansen (1999), Kaufman (1974), Law und Hassard (1999), Lemarchand und Legg (1972), Lomnitz (1988), Powell (1990) und Roth (1968), während die Arbeiten von Scott (1997) und Hübner-Schmid, Borries und Hasemann (2003) auf die praktische Anwendung abzielen.

Die Netzwerk-Literatur, speziell diejenige, welche aus dem Umfeld von Entwicklungsagenturen stammt, tendiert dazu, Patronage-Netzwerke als „das große andere“ zu betrachten, als eine Form der gesellschaftlichen Organisation, welche nicht auf den ersten Blick zu erkennen ist und welche ein ernsthaftes Hindernis für den Aufbau von effizienten (Entwicklungs-) Strukturen darstellt. Selten wird nach den *Governance*-Leistungen solcher Patronage-Netzwerke in Räumen zerfallen(er) Staatlichkeit gefragt und danach, unter welchen Bedingungen sie politische und soziale Ordnung als funktionale Äquivalente herkömmlicher Staatlichkeit herstellen können. Noch seltener wird untersucht, ob und wann internationale Akteure, vor allem INGOs und IOs, selbst Teilnehmer oder zumindest Financier solcher Netzwerke sind. Wir erwarten, dass unser Projekt neues Licht auf die (zumeist nicht-intendierte) Einbindung von internationalen Akteuren in lokale Patronage-Netzwerke werfen wird.

(ad 3) Entstehungs- und Organisationsbedingungen verstetigter Gewalt

Ein dritter, für uns zentraler Literaturkomplex beschäftigt sich mit den Entstehungs- und Organisationsbedingungen von verstetigter Gewalt. Aus dieser mittlerweile unübersehbaren Literatur ist der in letzter Zeit stark beachtete institutionenzentrierte Zugang von Relevanz. Institutionalistische Ansätze in der Konfliktforschung überbrücken die Dichotomie zwischen akteurszentrierten *rational-choice* Modellen (Figueirido/Weingast 1999, Hechter 1986) und jenen Erklärungsan-

sätzen, welche auf die strukturellen Vorbedingungen für Gewaltorganisation abzielen (Gurr 1993, Collier 2003 et al.).²

Konflikt – d.h. der wahrgenommene Interessengegensatz von Akteuren in der Konkurrenz um ein knappes Gut (Ressourcen, Prestige oder Macht) – ist ein alltäglicher Zustand jeder Gesellschaft, und jede Gesellschaft stellt auch Institutionen zur Verfügung, welche verregelte Konfliktaustragung ermöglichen sollen. Folglich treten die Regelwerke als die eigentlich zentralen Analyseeinheiten der Konfliktforschung in den Vordergrund (vgl. Elwert et al. 1999, Eckert 2004, Koehler/Zürcher 2003, Schneckener 2002, Koehler 2004a). Institutionen können durch eingeübte, akzeptierte und manchmal erzwungene Verfahren Konflikte einhegen und bearbeitbar machen (Luhmann 1983). Solange eine - in der Regel staatliche - Sanktionsmacht besteht, sind Regelverletzungen für die Beteiligten teuer. Der Zusammenbruch solcher Institutionen, beispielsweise infolge eines Staatskollapses, führt dann dazu, dass Konflikte entregelt und gewaltsam ausgetragen werden.

Institutionen sind aber auch verteilungsrelevant, sie regeln den Ressourcenzugang der Akteure und beeinflussen so maßgeblich deren relative Stärke (Knight 1992). Ein Wandel des institutionellen Gefüges bewirkt demnach in der Regel auch eine Veränderung der Handlungskapazität von Akteuren. Eine rasche Verschiebung des Kräftegleichgewichtes zwischen Akteuren kann risikobehaftet sein, zumal dann, wenn die Gruppe zu der Ansicht gelangt, dass Gewalt aufgrund ihrer relativen Stärke eine günstige Strategie sei. Die relative Stärke von Akteuren ist demnach abhängig von ihrer Position innerhalb eines institutionalisierten Regelwerkes; gleichzeitig gilt auch, dass die Position eines Akteurs von der Stabilität dieses Regelwerkes abhängt. Greifen Institutionen nicht mehr, weil sich beispielsweise die externe Sanktionskapazität vermindert und regelverletzendes Verhalten dadurch billiger wird, verändert sich die Verteilungskonsequenz.

Aus diesen grundlegenden Funktionen des institutionellen Gefüges für die Konfliktbearbeitung ergibt sich schlüssig die diesem Projekt zu Grunde liegende methodische Ausrichtung: Wir wollen untersuchen, ob und wie externe Stabilisierungsversuche Institutionen zur Konfliktbearbeitung stärken oder bereitstellen können, mit welchen materiellen Anreizen sie dies tun, und welche Auswirkungen dies für die Bereitstellung von Gewaltfreiheit hat.

(ad 4) Peace Building

Von Bedeutung für unser Projekt ist schließlich die Literatur zu *peace building*. Mit den Erfolgsbedingungen von internationalen *peace building*-Missionen setzten sich in letzter Zeit exemplarisch Sambanis et al. (2000a, b), Elbadawi und Sambanis et al. (2002) sowie Collier et al. (2003) auseinander. Dabei besteht ein Konsens dahingehend, dass die Erfolgchancen in hohem Maße von der Robustheit des Mandats, von der Geschwindigkeit der Entsendung und auch von den vor Ort noch vorhandenen materiellen Kapazitäten abhängt. Auffallend ist dagegen, dass der

² Vgl. allgemein zur Erklärungsmacht institutionenzentrierter sozialwissenschaftlicher Analyse Scharpf 2000.

Fokus fast ausschließlich auf der Rolle der UN liegt und dass die Rolle von (I)NGOs kaum untersucht wurde. Hier soll das Projekt eine wichtige Forschungslücke schließen.

Auf die Wechselwirkung von (Entwicklungs-) Hilfe und Konfliktmanagement beziehen sich z.B. Boyce (2002), Goldsmith (2001), Goodhand und Atkinson (2001), Uvin (1999). Dieser Literatur entnehmen wir den Hinweis, dass aus Entwicklungszusammenarbeit und konfliktbearbeitenden Maßnahmen stammende Ressourcenströme nicht immer die Stabilität in der Zielregion erhöhen, sondern im Gegenteil zu Verteilungskonkurrenz und *rent seeking*-Problemen führen können, wenn nicht vorher in die Organisationskapazität (und damit letztlich in das institutionelle Rahmenwerk) investiert worden ist (etwa durch *capacity building*-Programme oder durch Organisationsentwicklung).

Aus dem Umfeld von Entwicklungsorganisationen stammt eine weitere, praxisbezogene Literatur, etwa Cramer und Goodhand (2002), Goodhand und Atkinson (2001), Hawk (2002), Anderson und Spelten (2000), Anderson und Olson (2003), Leonhardt (2001a, b), Leonhardt und Gai-gals (2001). Sie ist für uns relevant, weil sie Analyseinstrumente zur Erfassung der involvierten Akteure sowie ihrer Präferenzen und Strategien (*stakeholder analysis*) entwickelt hat und weil sie die Ausarbeitung von (Frühwarn-) Indikatoren für erhöhtes Gewaltisiko entscheidend vorgebracht hat (Spelten 1999, Anderson/Spelten 2000).

Der letzte für uns wichtige Bezug zur *peace building*-Literatur ist die Debatte um die sogenannten *spoiler*. *Peace building*-Missionen arbeiten zwangsläufig in einem Umfeld, das von der offenen oder verdeckten Kooperations-Unwilligkeit von Schlüsselakteuren geprägt ist. Solche *spoiler* (oder „Störenfriede“) unterlaufen, blockieren oder sabotieren den Friedensprozess, da sie fürchten, bei einem Friedensabkommen entweder etwas zu „verlieren“ oder aber nicht angemessen berücksichtigt zu werden. *Spoiler* können sich, je nach Konfliktkontext, aus verschiedenen Gruppen rekrutieren. Dazu gehören etwa Rebellengruppen, Milizen der Opposition, Gewaltunternehmer, Drogenbarone, aber etwa auch Angehörige der staatlichen Sicherheitsdienste, die ihre Stellung durch einen Friedensschluss gefährdet sehen. Mit den Interessen und Präferenzen der *spoiler*, aber auch mit den Strategien, die zur Verfügung stehen, um *spoiler* doch noch ins Boot zu holen, haben sich in letzter Zeit etwa Schneckener (2003) Stedman (2000) und Sisk (1997) beschäftigt.

Es gibt unterschiedliche Strategien des *spoiler*-Management (vgl. Schneckener 2003:11-12). Diese reichen von Überzeugungs- und Verhandlungsprozessen über Zwang und „Bestechung“ bis hin zur Sozialisierung oder aber gezielten Marginalisierung solcher Gruppen. Es wird empirisch zu klären sein, welche dieser Strategien die von uns untersuchten Kooperationspartnerschaften intentional oder eher beiläufig einsetzen.

Im Ergebnis ergeben sich folgende Forschungslücken, die für unser Projekt relevant sind:

1. Es fehlt eine systematische Analyse der Bedingungen, Möglichkeiten und Risiken der öffentlich-privaten Kooperationen in der Konfliktbearbeitung und bei der Bereitstellung von funktio-

nen Äquivalenten von Staatlichkeit im Bereich Sicherheit. Damit soll nicht gesagt sein, dass dieser Aspekt nicht in einzelnen Fallstudien behandelt wird, exemplarisch etwa Donini (1996), Opondo (1996) für Kenia und Freizer (2002) für Tajikistan. Allerdings fokussieren solche Fallstudien zumeist auf die (zeitlich enge) Post-Konflikt-Situation und untersuchen den möglichen Einfluss von (I)NGOs auf die Vermeidung eines erneuten Ausbruchs von Gewalt. Es fehlen unserer Kenntnis nach sowohl *empirisch-vergleichende* Untersuchungen der intendierten und nicht-intendierten Folgen solcher Kooperationen in Bezug auf die Ausübung quasi-staatlicher Funktionen, wie auch *theoretisch-analytische* Untersuchungen der Konsequenzen, die solche Kooperationen (falls sie mehr sind als ein Übergangsphänomen in einer Post-Konfliktphase) für die Zukunft von Staatlichkeit haben.

2. Es fehlen nach wie vor *prozessorientierte* Analysen des Umschlagens von „schwacher“ Staatlichkeit in zerfallen(de) Staatlichkeit. Noch seltener sind prozessorientierte Analysen der gegenteiligen Entwicklung, nämlich der „Erholung“ einer Region, in welcher Staatlichkeit nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt existiert. Wir verfügen über keine präzisen analytische Narrative, welche uns Einblicke ermöglichen, wie weitgehend gewaltoffene Räume, die von Gewaltunternehmern beherrscht werden, wieder verregelt werden, oder wie ein Netzwerkstaat sukzessive vom Modus des Regierens durch Patronage zum Regieren durch formale, transparente Institutionen übergeht. Wir wissen insbesondere nicht, welchen Anteil daran die uns interessierenden transnationalen, öffentlich-privaten Kooperationen haben.

3. Es fehlen systematische Untersuchungen über das Phänomen *ausgelagerter Staatlichkeit*: Wie sehen „Staaten“ aus, deren Kernfunktionen – etwa das Gewaltmonopol - von transnationalen Akteuren in Kooperationspartnerschaften übernommen werden? Wie nachhaltig sind diese Arrangements? Wie widerstandsfähig sind sie insbesondere angesichts des ihnen eigenen Mangels an Verantwortlichkeit (*accountability*)? Kann die Verantwortlichkeit gegenüber einem Donor oder einer Internationalen Organisation die Verantwortlichkeit gegenüber einem Souverän oder einer gewählten Regierung kompensieren, und kann daraus eine ähnliche Legitimation erwachsen? Wie sehr ist solche „ausgelagerte Staatlichkeit“ abhängig von der Spendenfreude bzw. -müdigkeit der Gebergemeinschaft? Und wie anfällig sind solche Arrangements für strategische Unterwanderung und Instrumentalisierung durch Gewaltunternehmer oder korrupte Staatseliten?

4. Auch die von uns ins Zentrum der Untersuchung zu rückenden *Kooperationen* zwischen internationalen Organisationen (IOs), Staaten, (I)NGOs einerseits und lokalen privaten Akteure (v.a. lokalen *big men* und klientelistische Netzwerke) und Teilen von Staatsbürokratien andererseits sind wenig erforscht. Wir vermuten, dass dieser Befund auch mit „blinden Flecken“ im Gesichtsfeld sowohl des akademisch-theoretischen wie auch des praxisbezogenen Diskurses zu tun haben könnte. Ersterer hat meist weder die Realität der informellen Spielregeln noch die sich oft bedeckt haltenden, heimlichen „Patrone“ der Regionen im Blick. Letzterer ist oft zögerlich, das Ausmaß der intendierten oder nicht-intendierten Kooperation zwischen den Praktikern (INGOs, IOs und staatliche Entwicklungsagenturen) sowohl mit dem Reststaat (der als korrupt gilt) wie

auch den Patronen im Schatten (welche als eigentliche *spoiler* gelten) analytisch zu reflektieren. Die Projektleiter sind der Ansicht, dass das hier vorgeschlagene Forschungsfeld nach praxisrelevanter *und* theoriegeleiteter Sozialwissenschaft verlangt. Aus diesem Grund wird frühzeitig eine Zusammenarbeit mit Praktikern vor Ort anzustreben sein.

3.3.2 Eigene Vorarbeiten

Das vorgeschlagene Teilprojekt kann auf Resultate und Erfahrungen verschiedener, an *Zürchers* Forschungsdozentur angesiedelter Projekte aufbauen. Zürcher und der für die Projektbearbeitung vorgesehene Mitarbeiter Jan Koehler verfügen in Mittelasien und in Afghanistan sowohl über akademische wie auch praktische Arbeitserfahrung; ein Netzwerk an Kontakten, unabdingbar für Logistik und Arbeit in solchen Regionen, ist vorhanden. Beide sind auch in der Lage, für diese Regionen die Sicherheitslage einzuschätzen. Die guten Arbeitskontakte mit vor Ort tätigen NGOs und INGOs ermöglichen es, die eigene Forschung teilweise in die Infrastruktur dieser Organisationen einzubetten. Dies ist besonders in Afghanistan hilfreich.

Ein von der Volkswagenstiftung unterstütztes Forschungsprojekt (2003–2006) untersucht für den Kaukasus und Mittelasien den Einfluss informeller, nicht-staatlicher, lokal ausgeprägter Institutionen auf die Eskalation oder Deeskalation von Konflikten. Weiter wurde im Juli 2004 von der Forschungsdozentur Zürcher ein internationales Kolloquium zum Thema „The Future of Intervention: Intervention, Legitimität und die Rekonstruktion von Staatlichkeit“ durchgeführt. Das Kolloquium wurde unterstützt vom Wissenschaftskolleg zu Berlin, den Berliner Hochschulen und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Weiter verfügt Zürcher über Erfahrungen in der praktischen Konfliktbearbeitung und über Arbeitserfahrungen im Rahmen von NGOs und IOs. Besonders zu nennen sind in diesem Zusammenhang Einsätze für die Weltbank (Teamleiter für das Team Kaukasus, Projekt „The Economics of Political and Common Violence“ unter der Leitung von Paul Collier und Nicolas Sambanis) und die GTZ (zusammen mit Jan Koehler, Konsultant für die Erstellung der Konfliktstudien in Tajikistan, Afghanistan, Kirgistan, vgl. Koehler 2004b). In diesem praxis- und empiriebezogenen Forschungsvorhaben wurden in sechswöchiger Feldarbeit von zehn Teams, welche sich aus lokalen und internationalen Forschern zusammensetzten, Friedens- und Konfliktpotentiale auf lokaler Ebene in ländlichen Regionen von Tajikistan, Kirgistan und Afghanistan analysiert. Die Forschung konzentrierte sich auf als besonders risikoreich eingeschätzte Konfliktarenen wie Grenzfragen, Drogenhandel sowie Konkurrenz um Land und Wasser. Die Ergebnisse der Untersuchung dienten zur Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen für konflikttransformative Maßnahmen zu Händen der GTZ und ihrer Implementierungspartner.

Seit 1996 hat sich *Schneckener* – zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen, seit März 2002 an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin – intensiv mit Fragen der Friedens- und Konfliktforschung auseinandergesetzt. Insbesondere drei Themenkomplexe

sind dabei für das Teilprojekt relevant. Erstens befasste er sich mit der Bearbeitung und Regulierung ethno-nationaler Konflikte – sowohl mit Blick auf Problem- und Konfliktlagen in Europa wie etwa Kosovo, Bosnien, Nordirland, Baskenland und Zypern (vgl. Schneckener 2004f, 2003a, c, 2002a, b, e, 1999, Schneckener/Senghaas 2003) als auch mit Blick auf außereuropäische Konflikte und Regelungsmechanismen (vgl. Schneckener/Wolff 2004, Schneckener 2004a, b). Zweitens beschäftigte er sich mit Maßnahmen und Aktivitäten externer Akteure, vor allem internationaler Organisationen, bei der Konfliktprävention, dem Krisenmanagement und der Friedenskonsolidierung (vgl. Schneckener 2001b, 2002c, 2003d). Dies ist nicht zuletzt durch die Mitwirkung an zwei Forschungsprojekten dokumentiert: Zum einem ist Schneckener seit 2003 als Ko-Projektleiter an einem Teilprojekt im Rahmen des DFG-geförderten SFB "Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen beteiligt (siehe auch 3.6). In diesem Projekt werden die unterschiedlichen Interventions- und Präventionspolitiken der Vereinten Nationen, der EU, der NATO und der OSZE untersucht. Zum anderen wirkte er 2002-03 an einem internationalen Forschungsprojekt zum Thema „Complex Power-Sharing“ mit, finanziert durch die Carnegie-Stiftung und geleitet von European Centre for Minority Issues. Er untersuchte dabei die Rolle von Drittparteien bei *power sharing*-Arrangements in acht Konfliktfällen. Drittens arbeitet er zu nicht-staatlichen Gewaltakteuren, vor allem terroristische Gruppierungen und Netzwerke, sowie zum Problem fragiler Staatlichkeit (vgl. Schneckener 2005, 2004e, 2003b, 2002d). Zum letztgenannten Themenkomplex leitet und koordiniert er seit 2003 die SWP-interne Arbeitsgruppe „States-at-Risk“, in deren Rahmen die Dynamiken schwacher bzw. versagender Staatlichkeit außerhalb der OECD-Welt vergleichend untersucht sowie die Möglichkeiten externer Akteure zur Stabilisierung analysiert werden (vgl. Schneckener 2004c, d). Der für das Projekt vorgesehene Mitarbeiter Boris Wilke war an dieser Arbeitsgruppe beteiligt und steuerte die Fallstudie zu Pakistan bei.

3.3.3 Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten

I. Referierte Veröffentlichungen

a) in wissenschaftlichen Zeitschriften

Schneckener, Ulrich, 2002a: Making Power-Sharing Work: Successes and Failures in Ethnic Conflict Regulation, in: *Journal of Peace Research*, 38:3, 203-228.

b) in monographischen Reihen und Sammelbänden

Schneckener, Ulrich und Wolf, Stefan (Hrsg.) 2004: *Managing and Settling Ethnic Conflicts. Perspectives on Success and Failure in Europe, Asia and Africa*, London/New York, Hurst/Palgrave.

--- 2004a: Models of Ethnic Conflict Regulation: The Politics of Recognition, in: Schneckener, Ulrich/Wolff, Stefan (Hrsg.): *Managing and Settling Ethnic Conflicts. Perspectives on Success and Failure in Europe, Asia and Africa*, London/New York, Hurst/Palgrave, 18-37.

--- 2004b: *Managing and Settling Ethnic Conflicts: The Context-Design Nexus*, in: Schneckener, Ulrich/Wolff, Stefan (Hrsg.): *Managing and Settling Ethnic Conflicts. Perspectives on Success and Failure in Europe, Asia and Africa*, London/New York, Hurst/Palgrave, 271-285.

--- und Senghaas, Dieter 2003: In Quest of Peaceful Coexistence—Strategies in Regulating Ethnic Conflicts, in: Daftary, Farimah/Troebst, Stefan (Hrsg.): *Radical Ethnic Movements in Contemporary Europe*, New York NY/Oxford, Berghahn Books, 165-200.

Zürcher, Christoph mit Koehler, Jan und Baev, Pavel 2005 (i.E.): *Internal Violence in the Caucasus*, in: Elbadawi,

- Ibrahim/Loayza, Norman/Sambanis, Nicholas (Hrsg.): *Understanding Civil War: Evidence and Analysis* (Volumes I and II), World Bank, Washington DC.
- und Koehler, Jan 2004: *Der Staat und sein Schatten. Zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Südkaukasus*, in: *WeltTrends* 12: 45, 84-96.
- 2004 (i.E.): *Organizing Conflict, Organizing Statehood. Georgia's Time of Trouble 1989 – 1993*. In: Coppieters, Bruno/Legvold, Bob (Hrsg.): *Statehood and Security: Georgia after the Rose Revolution*, MIT Press.
- und Koehler, Jan (Hrsg.) 2003: *Potentials of Dis/Order. Explaining Violence in the Caucasus and in the Former Yugoslavia*, Manchester, Manchester UP.
- und Koehler, Jan 2003: *Introduction: potentials of disorder in the Caucasus and Yugoslavia*, in: Zürcher, Christoph/Koehler, Jan (Hrsg.): *Potentials of Disorder*, Manchester, New York: Manchester UP, 1-22.
- und Koehler, Jan 2003: *Institutions and the organisation of stability and violence*, in: Zürcher, Christoph/Koehler, Jan (Hrsg.), *Potentials of (Dis)Order. Explaining Violence in the Caucasus and in the Balkan*, Manchester: Manchester University Press, 219 - 241.
- und Koehler, Jan 2003: *The art of losing the state: from weak empire to weak nation-state around Nagorno-Karabakh*, in: Zürcher, Christoph/Koehler, Jan (Hrsg.) 2003: *Potentials of Dis/Order. Explaining Violence in the Caucasus and in the Former Yugoslavia*, Manchester, Manchester UP, 145-174.
- 2002: *Chechnya and Kosovo: Reflections in a distorting mirror*, in van Ham, Peter/Medvedev, Sergei (Hrsg.): *Mapping European Security after Kosovo*, Manchester and New York, Manchester University Press, 179-200.

II. Nicht referierte Veröffentlichungen

c) *in wissenschaftlichen Zeitschriften*

- Schneckener, Ulrich 2004c: *Fragile Staaten als Problem der internationalen Politik*, in: *Nord-Süd Aktuell* 18: 3, 510-524.
- 2003a: *Staatszerfall als globale Bedrohung. Fragile Staaten und transnationaler Terrorismus*, in: *Internationale Politik* 58: 11, 11-19.
- 2001a: *Sezession als Konfliktlösung: Unabhängigkeit für Montenegro und Kosovo?*, in: *Leviathan* 29: 3, 314-336.
- 2001b: *Die EU als Krisenmanager. Der Testfall Mazedonien*, in: *Internationale Politik* 56: 5, 43-48.
- 1999: *Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa. Die Politik der Anerkennung*, in: *Internationale Politik* 54: 9, 7-20.
- Zürcher, Christoph 2004 (Hrsg.): *Konfliktforschung: Berichte aus dem Feld. Berliner Osteuropa Info 21/2004*.
- und Koehler, Jan 2004: *Conflict and the State of the State in the Caucasus and Central Asia: An Empirical Research Challenge*, in: *Berliner Osteuropa Info* 21, 57-68.
- und Koehler, Jan 2001: *Institutions and Organizing Violence in Post-Socialist Societies*, in: *Berliner Osteuropa Info* 17, 48-52.
- 2000: *In den Kreml via Grozny: Putins Krieg in Tschetschenien*, in: *Berliner Osteuropa-Info*, 14.
- 1999: *Multikulturalizm i Etnopoliticheskii Poryadok v Postsovetskoj Rossii. Nekotorye Metodologicheskie Zamechaniya*, in: *POLIS* 6, 105-118.
- 1997: *Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin*.

d) *auf wesentlichen Fachkongressen*

- Zürcher, Christoph 2004: *The Future of Intervention: Intervention, Legitimacy and the Reconstruction of Statehood. Discussion Paper*. Berlin, 2004, www.oei.fu-berlin.de/blankensee (17.04.2005)
- 2004: *Analysis of Peace and Conflict Potential in Tajikistan. Report für die GTZ*, Berlin.
- und Koehler Jan 2003: *Fostering Tolerance in Rural Areas of Tajikistan. Report für die GTZ*. Berlin.
- mit Koehler, Jan und Baev, Pavel 2002: *Internal Violence in the Caucasus. Studie für die Weltbank/ Development Economic Research Group DECRG/The Economics of Political and Common Violence/The Economics of Political and Common Violence*.

e) *in monographischen Reihen und Sammelbänden*

- Schneckener, Ulrich 2005 (i.E.): *Transnationaler Terrorismus*, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- (Hrsg.) 2004d: *States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem*, Studie 43/04, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.

- 2004e: Transnationale Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit, Studie 18/04, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- 2004f: Politiken der Anerkennung. Modelle zur Konfliktregulierung in ethnisch pluralen Gesellschaften, in: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.): Demokratien im Krieg, Baden-Baden, Nomos (AFK-Friedensschriften, Bd. 31), 385-403.
- 2003b: Warum manche den Frieden nicht wollen? Eine Soziologie der "Störenfriede", in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors, Rehburg-Loccum, Loccumer Protokolle 58/02, 61-80.
- 2003c: Bosnien-Herzegovina: Der aufgezwungene Frieden, in: Ferdowsi, Mir A / Matthies, Volker (Hrsg.): Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften, Bonn, Dietz, 42-69.
- 2003d: Theory and Practice of European Crisis Management: Test Case Macedonia, in: European Yearbook of Minority Issues 2001/02, The Hague, Kluwer Law, 131-154.
- 2002b: Minority Governance between Self-Rule and Shared-Rule, in: Gál, Kinga (Hrsg.): Minority Governance in Europe, Budapest, LGI Books, 349-372.
- 2002c: Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU. Lehren aus dem Mazedonien-Engagement, in: Arnold, Hans/ Krämer, Raimund (Hrsg.): Sicherheit für das größere Europa, Bonn, Dietz, 268-289.
- 2002d: Netzwerke des Terrors. Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus, Studie 42/02, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- 2002e: Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- 1996: Das Recht auf Selbstbestimmung. Ethno-nationale Konflikte und internationale Politik, Hamburg, Lit-Verlag.
- Zürcher, Christoph 2004: Einbettung - Entbettung: Empirische institutionenzentrierte Konfliktanalyse, in: Eckert, Julia (Hrsg.): Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische These in der Diskussion. Bielefeld, Transcript, 101-121.
- und Segbers, Klaus 2000: Russia und der Kosovo-Konflikt, in: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven, München, 381-395.
- 1998: Krieg und Frieden im Transformationsprozess, in: Koehler, Jan/ Heyer, S. (Hrsg.): Anthropologie der Gewalt. Chancen und Grenzen sozialwissenschaftlicher Forschung, Berlin (VWF), 105 - 119.
- 1998: Europas Osten - Integration, Ausgrenzung oder was?, in: Mader, Gerlad/Eberwein, Wolf-Dieter/Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Europäische Friedensordnung: Konturen einer Sicherheitsarchitektur (Vol. 3), Münster, Agenda Verlag, 197 - 217.
- 1997: Wie russische Sicherheits- und Aussenpolitik gemacht wird. Eine Fallstudie am Beispiel Tschetscheniens, in Friedensbericht 1997: Die Zukunft Südosteuropas. Theorie und Praxis ziviler Konfliktberatung. DIALOG. Beiträge zur Friedensforschung, Band 32, Heft 1-2, Chur/Zürich, Rüeegger, 3 - 23.

3.4 Planung des Teilprojekts

3.4.1 Forschungsziele und Leitfragen

Unser Teilprojekt fragt, unter welchen Bedingungen transnationale Kooperationspartnerschaften in gewaltoffenen Räumen zerfallen(d)er Staaten funktionale Äquivalente von Staatlichkeit bereitstellen und inwieweit diese zu einer erfolgreichen Konflikttransformation beitragen. Wir gehen von der empirischen Feststellung aus, dass externe Konfliktbearbeitung – in Ergänzung oder als Alternative zu militärischen Interventionen – zunehmend auf transnationalen Kooperationspartnerschaften beruht, an der internationale Organisationen (IOs), staatliche (Entwicklungs-) Akteure und Nicht-Regierungsorganisationen (INGOs) als Akteure partizipieren. Hinzu kommen die jeweiligen lokalen und regionalen Partner. Unser Projekt untersucht systematisch Funktions- und Erfolgsbedingungen dieser neuen Art der Konfliktbearbeitung.

Forschungsziele

Um diese Fragen beantworten zu können und die oben identifizierten Forschungslücken wenigstens teilweise schließen zu können, sind detaillierte Studien der Interaktionen zwischen transnationalen und lokalen Akteuren vor Ort notwendig. Im Einzelnen untersuchen wir deshalb mithilfe von ethnographischen und mikropolitischen Fallstudien in insgesamt acht lokalen Räumen in Tadjikistan, Afghanistan und Pakistan, ob und wie solche externen Stabilisierungsstrategien bei der Bereitstellung von konfliktbearbeitenden Institutionen sowie bei der Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit erfolgreich sein können.

Nach einer detaillierten *Beschreibung* der transnationalen und lokalen Akteure und ihrer Beziehungen untereinander in den Untersuchungsregionen ist es notwendig, die *Ressourcenströme* innerhalb dieser Kooperationen sowie zwischen ihnen und den Zielgruppen vor Ort zu erfassen. Wenn solche Kooperationen funktionale Äquivalente von Staatlichkeit zur Verfügung stellen sollen, dann müssen sie auch über signifikante Ressourcen verfügen. Die Erfassung dieser Ressourcenströme sowie ihrer Herkunft und Verteilung ist nötig, um die politische Ökonomie in den Untersuchungsräumen zu verstehen. Da es sich hierbei um arme und unterentwickelte Regionen handelt, in welchen in der Regel Subsistenz-Landwirtschaft dominiert, stammen die vorhandenen Ressourcen oftmals aus Zuwendungen von internationalen Gebern, aus illegalen Wirtschaftsaktivitäten (oft Drogenanbau oder -schmuggel und Waffenschmuggel) sowie aus Zuwendungen der Diaspora.

Unser spezifisches Erkenntnisinteresse gilt dem Beitrag von transnationalen, öffentlich-privaten Kooperationsformen für die erfolgreiche und nachhaltige Konflikttransformation. In den gewalt-offenen Räumen zerfallen(d)er Staaten müssen solche Kooperationen – u.U. zusammen mit militärischen Interventionen von außen - jene Funktionsäquivalente von Staatlichkeit bereitstellen, die zu erfolgreicher Konflikttransformation beitragen können. Von zentraler Wichtigkeit sind hierbei erstens die Herstellung von Sicherheit (respektive die Abwesenheit von Gewalt), welche erst die für die Nachhaltigkeit von Konfliktbearbeitung notwendige Implementierung von institutionellen und entwicklungsfördernden Maßnahmen möglich macht. Zweitens kommt es auf die Stärkung bzw. Bereitstellung von solchen Institutionen an, welche es einer Konfliktgesellschaft ermöglichen, ihre Konflikte wieder verregelt zu bearbeiten. Drittens ist die Kapazität der externen Akteure von Bedeutung, Wohlfahrtsleistungen und ökonomische Entwicklungschance zu generieren. Dieser letzte Aspekt ist in zweifacher Weise wichtig: Zum einen weist eine prominente ökonometrische Literatur darauf hin, dass ökonomisches Wachstum das Risiko für Konflikt enorm senkt (Collier et. al. 2003). Zum andern sind Wohlfahrtsleistungen und materielle Transfers oft nötig, um *spoiler* zu „kaufen“ und weitere Teile der Zielgruppe an einer Konsolidierung des Friedens zu interessieren.

Schließlich wollen wir untersuchen, welche längerfristigen Auswirkungen die Outputs dieser Kooperationen auf das soziale System in den Untersuchungsräumen haben. Insbesondere inte-

ressiert uns, wie sich die Herstellung von lokaler und regionaler Stabilität zur Stabilität auf der nationalen Ebene verhält: Trägt die Schaffung von „Inseln der Stabilität“, wie sie beispielsweise manche *warlords* anbieten oder wie sie die PRTs (*Provincial Reconstruction Teams*) in Afghanistan herstellen sollen, auch zur Förderung der überregionalen Sicherheit bei? Lassen sich solche „Inseln der Stabilität“ wieder in einen gesamtnationalen Kontext eingliedern? Am Beispiel Pakistans stellt sich zudem die umgekehrte Frage: Inwieweit können auch „Inseln der Instabilität“ den Gesamtstaat gefährden? Genereller formuliert: Trägt das *outsourcing* von bestimmten Staatsaufgaben langfristig zur Stabilität im überregionalen und nationalen Kontext bei? Oder wird dadurch das genaue Gegenteil bewirkt, nämlich eine weitere Schwächung des Rest-Staates, da sie erstens den Eliten Möglichkeiten zur lukrativen Externalisierung von Konfliktbearbeitung verschaffen und zweitens gleichzeitig Anreize bieten für die willkürliche Perpetuierung schwacher Staatlichkeit, da nur diese es den lokalen und nationalen Eliten ermöglicht, Geber-Gelder abzuschöpfen und gleichzeitig ihr machterhaltendes Patronage-System aufrechtzuerhalten?

Schließlich ist die Ausarbeitung praxisbezogener Empfehlungen ein weiteres Ziel des Projekts. Unter anderem erhoffen wir uns Einsichten in Bezug auf folgende Fragen:

- Unter welchen Bedingungen ist die Förderung von öffentlich-privater Konfliktbearbeitung auf lokaler und regionaler Ebene der Stärkung der nationalen Zentralstaatlichkeit vorzuziehen, wann ist sie komplementär anwendbar, und wann sollte besser in die Stärkung der Zentralgewalt investiert werden?
- Gibt es ein optimales *sequencing*, d.h. in welcher Reihenfolge sollte in die Bereiche „Wohlfahrtsleistungen“, konfliktbearbeitende Institutionen und „Sicherheit“ investiert werden?
- Wie sollten konfliktbearbeitende öffentlich-private Kooperationen institutionalisiert werden, und wie sollte insbesondere deren Verhältnis zum Rest-Staat ausgestaltet sein?

Ausgangsvermutungen

Das vorgeschlagene Projekt betritt Neuland. Es gibt bislang zu der vorliegenden Thematik kaum systematische und vergleichende Untersuchungen. Zudem stehen wir vor der Aufgabe, in oft schwer zugänglichen Räumen zerfallen(d)er Staatlichkeit unser primäres Material erheben zu müssen. Unser zentrales Forschungsinstrument für die erste Projektphase ist deswegen die qualitative, empirisch auf der Mikro-Ebene angesiedelte Fallstudie, welche prozessorientiert angelegt ist und umfangreiche Vor-Ort-Recherchen erfordert. In der ersten Phase des Teilprojekts gehen wir deshalb eher induktiv vor, wobei uns die folgenden Annahmen anleiten sollen. Wir vermuten, dass der Erfolg von konfliktbearbeitenden Kooperationspartnerschaften im Hinblick auf die nachhaltige Konflikttransformation abhängt von

- (1) der Qualität der internen Koordination,
- (2) der Ressourcen-Ausstattung,
- (3) der Fähigkeit der transnationalen Akteure, glaubwürdige Sanktionskapazitäten zu entwickeln,

- (4) der Einbeziehung des „Rest-Staates“ und
- (5) der Akzeptanz bei der Zielgruppe.

(ad 1) Qualität der Koordination innerhalb der Kooperationspartnerschaft

Das Verhältnis der an den Kooperationspartnerschaften vor Ort beteiligten Akteure (NGOs, INGOs, IOs, lokale stake-holder und Teile der Staatsbürokratie) ist nicht-hierarchisch strukturiert. Wir gehen davon aus, dass der Erfolg solcher Kooperationen wesentlich von der Qualität der internen Koordination abhängt. Oft tragen die IOs und die INGOs, welche in der Regel die Geldgeber sind, die Koordinationskosten. Von Bedeutung ist demnach, ob es ihnen gelingt, die Aktivitäten der Kooperationspartnerschaften *transparent* zu halten, die interne Beschlussfindung zu *institutionalisieren*, die Beschluss-Ausführung zu *überwachen* sowie gegebenenfalls durch glaubhafte *Sanktionskapazitäten* abzusichern (vgl. Koehler 2004a).

(ad 2) Ressourcen-Ausstattung

Es ist zu prüfen, ob die Erfolgchancen der Kooperationen von deren Ressourcen-Ausstattung – Finanzen, organisatorische Kapazitäten, aber auch Know-how – wesentlich bestimmt werden. Obwohl diese Annahme zunächst plausibel erscheint, bedarf sie der empirischen Klärung. Denkbar wäre auch, dass eine zu große Ressourcen-Ausstattung zu Problemen des *rent seeking* führt (Anderson/Olson 2003). Weiter ist in Betracht zu ziehen, dass unter Umständen nicht die absolute Ressourcen-Ausstattung der Kooperationspartnerschaften von Relevanz ist, sondern vielmehr die relative Ausstattung im Verhältnis zu den Ressourcen derjenigen vor Ort, die in der Lage sind, den Erfolg der Kooperationspartnerschaft bei der Konfliktbearbeitung zunichte zu machen (*spoiler*). Je besser diese Störenfriede mit materiellen und organisatorischen Ressourcen ausgestattet sind, desto kleiner die Erfolgchancen der Partnerschaften. Dabei unterstellen wir, dass die erfolgreiche Bereitstellung von Funktionsäquivalenten von Staatlichkeit durch *spoiler* blockiert werden kann, die an der Perpetuierung des gewaltsamen Status quo ein Interesse haben.

(ad 3) Sanktionskapazitäten

Wir vermuten, dass die Erfolgchancen der externen Stabilisierungsstrategien davon abhängen, ob sie gegebenenfalls in der Lage sind, regelabweichendes Verhalten durch den Entzug von materiellen Leistungen oder durch die Mobilisierung von Machtmitteln zu sanktionieren. Sind Kooperationspartnerschaften, welche im Schatten schlagkräftiger Truppen arbeiten (Afghanistan, Pakistan) erfolgreicher als solche, die sich kein Drohpotential von ausländischen Truppen leihen können (Tajikistan)?

(ad 4) Einbeziehung des „Rest-Staates“

In unseren Untersuchungsräumen bildet der „Rest-Staat“ sowohl Teil des Problems wie auch Teil der Lösung. Teil des Problems ist er insofern, als dass seine Akteure nicht in der Lage sind, eine verlässliche Konfliktbearbeitung zu gewährleisten, oder dass sie sogar ein Interesse daran

haben, Konflikte für den eigenen Machterhalt und für die Sicherung eines kontinuierlichen Zuflusses an Donor-Geldern („Donor-Melken“) zu instrumentalisieren. Der „Rest-Staat“ ist aber auch Teil der Lösung, weil sich Kooperationen zwischen transnationalen und lokalen Akteuren in der Regel nicht ohne die formale Zustimmung der Staatsbürokratie konstituieren können und weil die staatliche Bürokratie selbst in zerfallen(d)en Staaten auf lokaler Ebene häufig in der Lage ist, die Aktivitäten solcher Kooperationspartnerschaften zu blockieren. Kooperationspartnerschaften operieren demnach, so unsere These, erfolgreicher, wenn sie die Akteure des „Reststaates“ in die Aktivitäten einzubinden versuchen. Die aktuelle Praxis vieler konfliktbearbeitender transnationaler Akteure läuft dagegen darauf hinaus, den „Rest-Staat“ auf lokaler Ebene so weit wie möglich zu umgehen. Welche Strategie erfolgreicher ist, muss empirisch geklärt werden.

Darüber hinaus vermuten wir, dass externe Stabilisierungsversuche umso wirksamer bei der Konflikttransformation sind, je größer die materiellen und organisatorischen Kapazitäten vor Ort sind und je mehr politische und administrative Kapazitäten der „Rest-Staat“ bereitstellen kann. Wir unterstellen dabei, dass die erfolgreiche Bereitstellung von Funktionsäquivalenten von Staatlichkeit umso leichter gelingt, wenn in der Zielregion materielle oder organisatorische Kapazitäten (noch) vorhanden sind (Sambanis et al. 2000a). Im Umkehrschluss lässt sich formulieren, dass die Erfolgsbedingungen umso schlechter sind, je stärker die materiellen Lebensgrundlagen und die soziale Kohäsion vor Ort durch den Krieg und die Gewaltverhältnisse zerstört worden sind.

(ad 5) Akzeptanz bei der Zielgruppe

Wir untersuchen die These, dass die Erfolgchancen der Kooperationen auch von ihrer Akzeptanz bei der Zielgruppe abhängen. Es macht einen Unterschied, ob transnationale Akteure, die mit lokalen Akteuren zusammenarbeiten, als Teil einer Besatzungsmacht angesehen werden oder als Ausdruck der Solidarität der internationalen Gemeinschaft mit der lokalen Bevölkerung. Dabei kann Legitimität vor Ort auf verschiedene Weise erarbeitet werden. Legitimität kann durch effektive Leistungen entstehen („*Output-Legitimität*“). Kooperationspartnerschaften werden als legitim angesehen, wenn ihre Aktivitäten erste Resultate bei der Konfliktbearbeitung zeitigen. Auf diese Weise entsteht ein positiver Regelkreis in dem Sinne, dass anfängliche Resultate zu positiver Legitimitätszuschreibung führen, die wiederum die Nachhaltigkeit der Konflikttransformation beeinflusst. Legitimität kann aber auch entstehen, wenn die Aktivitäten der Kooperationen in lokal verwurzelte Regelwerke und Normen eingebettet sind sowie Akteure vor Ort einbeziehen („*Input-Legitimität*“). Oder Legitimität kann einer Kooperationspartnerschaft durch besonders angesehene Akteure vor Ort zugewiesen werden.

3.4.2 Methoden und Operationalisierung

Während der ersten SFB-Phase werden wir insgesamt acht komparativ angelegte und prozessorientierte qualitative Fallstudien durchführen. Die primäre Analyseebene ist die subnationale, regionale Ebene. Wir werden je drei mikropolitische Fallstudien zu Tajikistan und Pakistan anfertigen, sowie zwei zu Afghanistan. Grundlage dieser Fallstudien sind jeweils mehrmonatige Feldforschungsaufenthalte in den Untersuchungsräumen. Die Fallstudien folgen teilweise standardisierten Verfahren. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit zwischen den Fällen und stellt sicher, dass eine gemeinsame Datensammlung hergestellt werden kann. Angesichts des hohen Maßes an Informalität in den Untersuchungsräumen sowie der in aller Regel nur sehr spärlich verfügbaren offiziellen Informationen (etwa statistische Angaben) müssen die relevanten Daten durch längere Feldaufenthalte selber erhoben werden. Dabei ist es hilfreich und in manchen Fällen sogar unabdingbar, dass die externen Forscher ihre Untersuchungen vor Ort in Zusammenarbeit mit lokalen Forschern vornehmen. Nur so können beispielsweise standardisierte Befragungen und Interviews von Fokus-Gruppen im erforderlichen Umfang durchgeführt werden.

Die Fallstudien sollen *inhaltlich* folgendes leisten: Sie liefern ein Mapping der Akteure; sie analysieren die Akteursbeziehungen und die Koordinationsmechanismen innerhalb der Kooperationspartnerschaft: Sie geben Aufschluss über die Ressourcenflüsse innerhalb der Kooperationspartnerschaften und zwischen den Kooperationspartnerschaften und den Zielgruppen. Sie erfassen ihre Outputs in den Bereichen „verregelte Konfliktaustragung“, „Gewaltfreiheit“ und „öffentliche materielle Güter,“ und sie dienen als Grundlage für die Analyse der längerfristigen Auswirkungen solcher Kooperationen.

Die Fallstudien sollen *methodisch* folgendes leisten: Auf Grundlage der drei Fallstudien sind wir in der Lage, im Hinblick auf die zweite Phase des SFB die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen zu spezifizieren und zu standardisieren und, in einem weiteren Schritt, ausgewählte quantifizierbare Variablen zu entwickeln. Zudem werden die oben formulierten Ausgangsannahmen geprüft und zu Hypothesen verdichtet. Auf Grundlage der Fallstudien sind wir in der Lage, standardisierte Interview-Fragebögen zu entwickeln, um ausgewählte Daten bei den Zielgruppen zu erheben. Die aus den Fallstudien gewonnenen Daten werden in einem weiteren Arbeitsschritt durch standardisierte Interviews ergänzt. Diese soziologischen Umfragen werden in Kooperation mit lokalen Forschergruppen durchgeführt. Mittel für die Kooperation mit lokalen Forschern sind eingeplant. Die Auswertung der Fallstudien und der Interviews wird es ermöglichen, für die zweite Projektphase ein teilweise *quantitatives Forschungsdesign* zu entwickeln.

Unser Projekt geht allerdings in der ersten Phase des SFB im Wesentlichen *induktiv* vor. Bei der Erhebung des Primärmaterials folgen wir den gängigen Verfahren ethnographischer und mikropolitischer Feldforschung (Koehler 2004a; Zürcher 2004, Elwert 1994, Bierschenk/Olivier de Sardan 1997). Dazu gehören die teilnehmende Beobachtung vor Ort, welche besser als andere

Methoden geeignet ist, informelle Spielregeln bei „heißen“ Themen wie Konfliktbearbeitung und Ressourcenflüsse zu identifizieren:

- Leitfadeninterviews mit *stakeholder*-Gruppen;
- Gruppeninterviews mit Fokus-Gruppen (durchgeführt mit lokalen Partnern);
- Durchführung von *stakeholder-analysis* und Erstellen eines *conflict profile*.

Die Resultate der empirischen Feldforschungen werden wir am Ende der ersten Projektphase durch eine qualitative komparative Analyse (Qualitative Comparative Analysis QCA, nach Ragin 1987) auswerten. Die QCA bietet sich an, da wir relativ wenige Fälle (8) mit einer zunächst hohen Zahl an Variablen untersuchen werden.³ Die QCA ist eine gute Strategie, um anhand von empirisch reichhaltigem Materials bei einer begrenzten Anzahl Fälle erste Erkenntnisse in Bezug auf Kausalbeziehungen herauszuarbeiten, welche dann als Grundlage für die Spezifizierung der Variablen dienen können.

Operationalisierung der abhängigen Variablen

Unser Projekt untersucht, wie erfolgreich externe Stabilisierungsstrategien in Kooperation mit lokalen staatlichen und privaten Akteure sind bei der (1) Bereitstellung von Institutionen zur verregelten Konfliktaustragung, (2) Bereitstellung von innerer und äußerer Sicherheit, und (3) Erbringung von Wohlfahrtsleistungen und ökonomischen Entwicklungschancen. Den Erfolg dieser drei Funktionsäquivalente von Staatlichkeit identifizieren wir wie folgt:

(ad 1) Bereitstellung von innerer und äußerer Sicherheit

Sicherheit im weiteren Sinn lässt sich definieren als Schutz der physischen und psychischen Integrität des Individuums vor äußerem Zwang und als Anrecht auf die Gewährung von Lebenschancen. Unser Teilprojekt geht dagegen zunächst von einer engen Definition aus und versteht Sicherheit als die Gewissheit eines sozialen Akteurs über seine physische Unversehrtheit und die Abwesenheit einer darauf bezogenen Bedrohung. Die Qualität von Sicherheit lässt sich vereinfacht in zwei Dimensionen bestimmen. Die erste Dimension beantwortet die Frage „was für eine Sicherheit“, die zweite Dimension beantwortet die Frage „Sicherheit für wen“. In der ersten Dimension beginnt das Spektrum bei willkürlicher, vermachteter und selektiv hergestellter Sicherheit und endet bei rechtsstaatlich gebundener und garantierter Sicherheit mit vollständiger *legal accountability*. In der zweiten Dimension beginnt das Spektrum bei Sicherheit als *pool*-Gut oder privatisiertes Gut und reicht bis zu Sicherheit als öffentliches Gut. Wir untersuchen, ob die Sicherheitsfunktion auch von transnationalen Kooperationen erbracht werden kann, und welche Qualität diese Sicherheit aufweist.

³ Die QCA basiert darauf, dass der Forscher die Variablen auf Grund seiner präzisen Kenntnisse der Fälle binär kodiert (1= Anwesenheit eines Faktors; 0 = Abwesenheit eines Faktors). Die QCA ermöglicht es, rasch alle möglichen Konfigurationen von Faktoren zu identifizieren, welche zur Erklärung eines Ereignisses (der abhängigen Variable) hinreichend oder notwendig ist.

Die erfolgreiche Bereitstellung von innerer und äußerer Sicherheit wird zunächst über die *Abwesenheit von Krieg* gemessen. Wir folgen hier der mittlerweile üblichen Definition von innerstaatlichen bzw. transnationalen Kriegen und kodieren ein Ereignis als Krieg, wenn die folgenden Bedingungen gegeben sind: mehr als 1000 Tote insgesamt innerhalb eines Jahres; der „Rest-Staat“ als eine der beteiligten Parteien. Aber nicht jede gewaltsame Konfliktaustragung in gewaltoffenen Räumen kann als kriegerische Gewalt kodiert werden, selbst wenn sie durchaus endemische Züge trägt. Gemäss der oben stehenden Definition von Krieg werden etwa der zweite Konflikt um Tschetschenien, die endemische Gewalt in Liberia oder die vereinzelt Gewaltakte in Tadjikistan zwischen 1993 und 1997 nicht als Krieg erfasst. Dennoch bleiben diese Räume weiterhin gewaltoffene Räume: Gewalt ist endemisch, sie wird systematisch organisiert, auch wenn sie von den Gewaltorganisatoren nur sporadisch eingesetzt wird. Sicherheit bleibt für die Zivilbevölkerung ein knappes Gut. Die Kodierung von *Abwesenheit von Gewalt* muss daher ohne quantitativ exakt definierte Schwellen auskommen und qualitativ erfolgen. Sie stützt sich auf die Beobachtung von sporadischen Gewaltereignissen und erfolgt auf Grund der Einschätzung der Gewaltoffenheit eines Raumes durch den Forscher, unter Einbeziehung der Wahrnehmung der Bevölkerung.

(ad 2) Bereitstellung von Institutionen zur verregelten Konfliktaustragung

Die Identifizierung von Institutionen zur verregelten Konfliktaustragung erfolgt durch ein mehrstufiges Verfahren. Wir untersuchen erstens durch qualitative Forschung die lokal relevanten Konfliktfelder. In einem zweiten Schritt untersuchen wir anhand von Mikro-Fallstudien, ob Konflikte in den identifizierten Konfliktfeldern verregelt ausgetragen werden. Wenn ja, analysieren wir drittens, welchen Beitrag die Kooperationspartnerschaften an der Bereitstellung jenes Institutionengefüges haben, welches Konfliktaustragung erfolgreich verregelt (für eine ausführlichere Darstellung dieser Herangehensweise siehe Zürcher 2004, Koehler 2004a). Solche Kooperationen können helfen, bestehende Institutionen zu stärken, sie können dazu beitragen, die Reichweite und die Zuständigkeit bestehender Institutionen zu vergrößern, oder sie können neue Institutionen ins Leben rufen. Um die Erfolgchance dieser Bemühungen zu erhöhen, können solche Kooperationspartnerschaften in Organisationsentwicklung investieren (*capacity building*), sie können *monitoring*-Kapazitäten aufbauen oder selber zur Verfügung stellen, oder sie können mit Anreizen bzw. Sanktionen arbeiten (durch materielle Transfers oder durch militärisches Drohpotential, welches sie sich allerdings meist von schlagkräftigen Interventionstruppen „leihen“ können).

(ad 3) Bereitstellung von Wohlfahrtsleistungen und Entwicklungschancen

Die Kapazität der externen öffentlichen und privaten Akteure zur Bereitstellung von Wohlfahrtsleistungen und ökonomischen Entwicklungschancen ist relevant, weil ökonomisches Wachstum das Risiko für Konflikte senken kann und weil Wohlfahrtsleistungen und materielle Transfers oft nötig sind, um *spoilers* zu kaufen bzw. um weitere Teile der Zielgruppen an einer Konsolidie-

rung des Friedens durch materielle Anreize zu interessieren. Die Frage, welche Wohlfahrtsleistungen und welche Investitionen zur Verbesserung der Entwicklungschancen für die jeweiligen Untersuchungsräumen zentral sind, kann nicht generalisierend und a priori beantwortet werden. Sie hängt sowohl von der Binnenwahrnehmung der Gesellschaft ab wie auch von den Kontextbedingungen. Wir wollen uns tentativ an den für unsere drei Untersuchungsräume typischen Aktivitäten von Entwicklungsagenturen orientieren und den Output der Kooperationspartnerschaften in den Sektoren Landwirtschaft, Infrastruktur, SME (*small and medium enterprises*) und Kapazitätsbildung im Bereich *Local Governance* erfassen.

Auswahl der Fallstudien

Die Fälle für unsere Fallstudien genügen folgenden *allgemeinen Kriterien*:

- (1) Es handelt sich um gewaltoffene Räume mit zerfallen(d)er Staatlichkeit. (Indikator: Auftreten von organisierter Gewalt in den letzten fünf Jahren vor dem Untersuchungszeitraum; Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols)
- (2) Sie sind Adressat von expliziten, externen Stabilisierungsbemühungen. (Indikatoren: Verhältnis von humanitärer bzw. Entwicklungshilfe zu staatlichen Ausgaben > 25% und/oder Adressat von externen militärischen Interventionen)
- (3) Es haben sich *Public Private Partnerships* zwischen IOs, INGOs, externen staatlichen Entwicklungsagenturen und lokalen Akteuren einschließlich von Teilen des „Reststaates“ gebildet, welche Funktionsäquivalente von Staatlichkeit zur Verfügung stellen.

Der Pool an möglichen Fällen umfasst nach diesen Kriterien unter anderem: Afghanistan, Angola, Bosnien, Haiti, Indonesien/Ost-Timor, Irak, Kirgistan, DR Kongo, Kosovo, Liberia, Makedonien, Pakistan/Kaschmir, Ruanda, Sierra Leone, Tajikistan, Westsahara und Zentralafrika.⁴

In der ersten Phase des SFB werden wir Fallstudien zu Afghanistan, Tajikistan und Pakistan durchführen. Typischerweise weisen Fälle zerfallen(d)er Staatlichkeit erhebliche regionale Varianz auf, welche durch die externen Stabilisierungsversuche zusätzlich verstärkt wird. Deshalb untersucht jede Fallstudie zwei bzw. drei Regionen innerhalb des Landes, so dass wir insgesamt ein Sample von acht Fällen haben werden.

Diese Auswahl der Fallstudien gründet sich auf folgende weitere Kriterien:

- (4) *Relevanz-Kriterium*: Wir untersuchen politisch relevante und aktuelle Fälle. Unsere Auswahl ist gerade auch unter *policy*-Aspekten relevant. Zentralasien und Afghanistan/Pakistan gehören zu einer potenziell explosiven Region mit einem globalen Bedrohungspotential und sind deswegen zu einem der zentralen Adressaten von externen (gerade auch deutschen) Stabilisierungsbemühungen geworden.

⁴ An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass sich die im Folgenden dargelegte Auswahl der Fallstudien für die erste Phase (Afghanistan, Tajikistan und Pakistan) auf Grund einer veränderten Sicherheitslage ändern kann. In diesem Fall würden wir auf einen anderen, im Pool enthaltenen Fall, zurückgreifen.

(5) *Machbarkeitskriterium*: Die Fallstudien sind unter den gegebenen schwierigen Bedingungen durchführbar. Die Antragsteller und die vorgesehenen Mitarbeiter verfügen über einschlägige Erfahrung sowie über gut etablierte Arbeitskontakte zu vor Ort tätigen INGOs, ohne deren logistische Unterstützung die Feldarbeit kaum durchzuführen wäre.

Schließlich genügt die Fallauswahl auch den Anforderungen eines qualitativen komparativen Forschungsdesigns. Die drei Untersuchungsräume weisen Varianz auf in Bezug auf zwei relevante Variablen:

(6) *Varianz-Kriterium*:

- In den drei Untersuchungsregionen variiert die Kapazität des Rest-Staates: Afghanistan ist ein zerfallener Staat, welcher überhaupt erst Staatskapazitäten aufbauen muss. Tajikistan ist ein Post-Konflikt-Staat, der seine Staatlichkeit nur selektiv wiederhergestellt hat, unter massiver Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Pakistan dagegen ist ein vergleichsweise „starker“ postkolonialer Staat, der sich in Folge der Abspaltung des östlichen Landesteiles (heute Bangladesh) jedoch in einer politischen Dauerkrise befindet (lokale Bürgerkriege, Proliferation von transnational agierenden Gewaltakteuren, diverse Staatsstrieche der Armee). Im Zusammenspiel mit regionalen destabilisierenden Einflüssen (Bürgerkrieg in Afghanistan, Konflikte mit Indien) hat diese Krise inzwischen auf die staatlichen Institutionen übergegriffen und einen Prozess des lokalen Scheiterns der Staatlichkeit in Gang gesetzt.
- Darüber hinaus variieren die drei Fälle in Bezug auf die Präsenz ausländischer Interventionstruppen und deren Schlagkraft: In Afghanistan verleiht die amerikanische Armee mit etwa 50.000 Soldaten und die *International Stabilization Force* (ISAF) mit ihren etwa 7000 Soldaten den externen Stabilisierungsbemühungen ein starkes Sanktionspotenzial. In Tajikistan gibt es keine ausländischen Interventionstruppen. In Pakistan agieren in den vom Verfall betroffenen Regionen als Besatzer perzipierte militärische und paramilitärische pakistanische Truppen in stiller Kooperation mit Offizieren und „Beratern“ der in Afghanistan involvierten Koalitionstreitkräfte unter US-amerikanischer Führung. Der „Schatten des glaubwürdigen Drohpotenzials“ ist also in diesen drei Ländern unterschiedlich lang, und es wird zu klären sein, ob dies die Nachhaltigkeit der Konfliktbearbeitung beeinflusst.

Für eine detaillierte Beschreibung der drei Länder und der zu untersuchenden Regionen vgl. den Anhang zu diesem Antrag.

3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Arbeitsschritte

Schritt 1: Vorbereitung der Feldforschung

Der erste Arbeitsschritt beinhaltet die Auswertung bereits vorliegender Quellen und die Beschaffung von relevanter „grauer Literatur“ (interne Berichte von INGOs und IOs, welche meistens die aktuellsten vorhandenen Daten darstellen). Weiter wird die Struktur für die Fallstudien festgelegt, und es findet eine tentative Operationalisierung der unabhängigen Variablen statt.

Darüber hinaus muss die logistisch-organisatorische Vorbereitung der Feldforschung und die Kontaktaufnahme mit vor Ort tätigen IOs, INGOs und NGOs erfolgen. In unseren Untersuchungsräumen können die logistischen Probleme (Transport, Unterkunft, Sicherheit, oft auch Kommunikation) in der Regel nicht ohne eine Anbindung an eine vor Ort tätige Organisation bewältigt werden. In Tajikistan und Afghanistan verfügen Zürcher und Koehler über sehr gute Arbeitskontakte mit lokal tätigen INGOs (In Tajikistan: MSDSP, GTZ; in Afghanistan: AKF). In Pakistan verfügt der vorgesehene Mitarbeiter Boris Wilke aus seinen Feldaufenthalten über ein Netzwerk von Kontakten und teilweise institutionalisierten Arbeitsbeziehungen mit NGOs, lokalen Akteuren und pakistanischen Wissenschaftlern.

Schritt 2: Durchführung der ersten Feldforschung

Die Feldforschungen werden insgesamt unterschiedlich lang sein: Für Pakistan und für Afghanistan veranschlagen wir insgesamt je 14 Monate; für Tajikistan, wo Zürcher und Koehler bereits mehrmonatige Aufenthalte absolviert haben, veranschlagen wir insgesamt 10 Monate. Die grenzüberschreitende Region Badakhsan zwischen Tajikistan und Afghanistan sollte in einem „Arbeitsgang“ erforscht werden. Für den ersten Aufenthalt sind pro Land sechs Monate vorgesehen. Dabei empfiehlt es sich, Feldforschungsaufenthalte aufzuteilen und zwischen zwei Aufenthalten eine längere Phase in Berlin für eine Zwischenauswertung vorzusehen.

Von den ersten Feldforschungsaufenthalten erwarten wir uns die folgenden Ergebnisse:

- Identifizierung relevanter Kooperationspartnerschaften aus transnationalen und lokalen Akteuren;
- Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der untersuchten Kooperationspartnerschaften;
- Mapping der Akteure;
- Identifizierung der relevanten Konfliktfelder;
- Qualitative Bestandaufnahme der Outputs der untersuchten Kooperationspartnerschaften;
- Interviews mit relevanten *stakeholders*.

Schritt 3: Zwischenauswertung in Berlin

In einer Zwischenauswertung werden die gesammelten Daten ausgewertet und ein erster Entwurf der Fallstudien erstellt. Die Fallstudien werden verglichen; eine Spezifizierung der Variablen und der Hypothesen erfolgt. Eine Bedarfsanalyse wird durchgeführt, um noch zu erhebende Daten zu identifizieren. Ein erster Entwurf eines standardisierte Fragebogens für jede Untersuchungsregion wird erarbeitet. Erste Ergebnisse werden als Arbeitspapiere zirkuliert und auf Fachkongressen vorgestellt.

Schritt 4: Durchführung der zweiten Feldforschung

Während der zweiten Feldforschungsphase werden noch fehlende Daten erhoben; vorhandene Daten werden gegengeprüft (kreuzperspektivisch hinterfragt). Interviews mit *stakeholders* in den Hauptstädten werden geführt; die Durchführung der standardisierten Befragung wird vorbereitet. Die Forschung fokussiert auf interne Koordination, Ressourcenflüsse und Outputs der Kooperationspartnerschaften.

Schritt 5: Auswertung der Feldforschung in Berlin

Die Daten werden aufgearbeitet, systematisiert und allen Teammitgliedern zugänglich gemacht (beispielsweise durch Transkription der Interviews). Die Daten aus den standardisierten Fragebogen werden aufgearbeitet. Es wird ein Outline der Pilotfallstudien erstellt.

Schritt 6: Erstellung der Fallstudien

Die drei Fallstudien werden erstellt; Projektleiter und Mitarbeiter erarbeiten eine Monographie, welche zentrale inhaltliche und methodische Erkenntnisse aus der ersten Projektphase vorstellt.

Arbeitsschritte	2006		2007		2008		2009	
Vorbereitung der Feldforschung								
Durchführung der ersten Feldforschung								
Zwischenauswertung in Berlin								
Durchführung der zweiten Feldforschung								
Auswertung der Feldforschung in Berlin								
Erstellung der Fallstudien								

In der *zweiten Phase des SFB* (Jahre 5-8) werden aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Projektphase systematische Hypothesentests anhand eines erweiterten Fall-Pools von Kooperationspartnerschaften durchgeführt mit dem Ziel, ein komplexes Kausalmodell zu den Erfolgsbedingungen von externen Stabilisierungsstrategien vorzulegen und Aussagen über die Leistungsfähigkeit solcher funktionalen Äquivalente zu treffen. Die Auswahl der weiteren Fallstudien wird am Ende der ersten Phase getroffen, basierend auf den Ergebnissen der bereits erstellten Fallstudien und der erfolgten systematischen Erfassung der existierenden Formen von externer öffentlich-privater Konfliktbearbeitung. Inhaltlich erweitern wir unseren Fokus: In der ersten Phase haben wir untersucht, wie solche Kooperationen lokale Politik „steuern“ können. In der zweiten Phase wollen wir uns auch der Frage zuwenden, wie solche Kooperationsformen selbst gesteuert werden. Dabei geht es in dieser Phase des SFB auch darum, systematisch die Legitimität solcher externer Stabilisierungsversuche zu untersuchen, und zwar sowohl international als auch vor Ort.

Für eine *dritte Projektphase* (Jahre 9-12) sehen wir die Erarbeitung eines auch quantitativen Forschungsdesigns vor, welches es uns ermöglicht, systematisch und quantifizierend die Erfolgsbilanz und die Erfolgsbedingungen von transnationalen, öffentlich-privaten Kooperationspartnerschaften bei der externen Konfliktbearbeitung zu erfassen. Dieses Forschungsdesign wird sich auf die im Rahmen dieses SFB zu erstellende Datenbank stützen (vgl. das geplante Teilprojekt C4). Damit werden wir allgemein die Möglichkeiten und Erfolgsbedingungen der Bereitstellung von Sicherheit durch Kooperationspartnerschaften in Räumen zerfallen(d)er Staatlichkeit erfassen können.

3.5 Stellung innerhalb des Sonderforschungsbereichs

Das Projekt C1 ist im Projektbereich C „Sicherheit“ angesiedelt. Das Teilprojekt untersucht die (Wieder-) Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit in gewaltoffenen Räumen zerfallen(d)er Staatlichkeit. Dabei wird die Herstellung von lokaler Konfliktbearbeitungsfähigkeit durch externe Stabilisierungsbemühungen als eine zentrale Aufgabe der Politik im 21. Jahrhundert angesehen. Dies ist ein zentraler Aspekt von „neuen Formen des Regierens“. Das Teilprojekt leistet am Beispiel der Konfliktbearbeitung einen theoretischen Beitrag zu den Funktionsbedingungen und Möglichkeiten weicher Steuerung (siehe auch A2 Göhler), trägt allgemein zum Verständnis der Schnittstellen und Interaktionen zwischen lokalen und internationalen öffentlich-privaten Kooperationen bei und untersucht im Kern die Frage, ob „Staatlichkeit ohne Staat“ zu haben sei – und wenn ja, mit welchen Konsequenzen (vgl. A1 Risse/Lehmkuhl). Eine Untersuchung des Phänomens der ausgelagerten Staatlichkeit in Post-Konflikt Räumen, in denen Kernfunktionen von Staatlichkeit von transnationalen *Public Private Partnerships* bereitgestellt werden, trägt überdies wesentliches zum Verständnis dieser Räume bei und ermöglicht dadurch die Entwicklung von handlungsleitenden Politikempfehlungen.

Von den anderen Teilprojekten des Projektbereichs C „Sicherheit“ unterscheiden wir uns folgendermaßen: Während C2 Chojnacki untersucht, wie öffentliche Sicherheit verknappt und an-

schließlich private, und damit merkantilisierte Sicherheit von privaten Unternehmern produziert wird, konzentriert sich unser Teilprojekt darauf, wie Sicherheit als öffentliches Gut bereitgestellt wird, indem transnationale Kooperationspartnerschaften Funktionsäquivalente von Staatlichkeit in weitgehend staatsfreie Räume projizieren. C3 Stanley/Braig analysiert ebenfalls die Erfolgsbedingungen von (auch transnationalen) Kooperationspartnerschaften bei der Bereitstellung von Sicherheit, unterscheidet sich aber von unserem Teilprojekt durch die vorrangige Konzentration auf Polizeifunktionen in lateinamerikanischen Staaten. Unser Teilprojekt wird überdies relevante Daten zur Sicherheitsproblematik in Räumen begrenzter Staatlichkeit erheben und diese in die gemeinsame Datenbank einfließen lassen, die im Rahmen des nachzureichenden Teilprojekts C4 erstellt wird.

Weiter bestehen zu den Teilprojekten des Projektbereichs D „Wohlfahrt und Umwelt“ Gemeinsamkeiten, insofern wir ebenfalls den Einfluss transnationaler PPPs in den Blick nehmen. Wir unterscheiden uns von diesen Projekten durch die Fokussierung auf den Sachbereich Sicherheit und durch die Konzentration auf zerfallen(d)e Staaten, wohingegen die meisten anderen PPP-Projekte des SFB Entwicklungsgesellschaften mit schwacher staatlicher Kapazität in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen stellen. Auch zum Teilprojekt B2 Börzel bestehen theoretische und empirische Verbindungen. Während aber das Teilprojekt B2 auf die *Good Governance*-Kriterien der EU fokussiert, konzentrieren wir uns auf die Bereitstellung elementarer Sicherheitsfunktionen durch externe Akteure.

Unser Teilprojekt trägt zur Arbeit der beiden dialogischen Querschnitts-Arbeitsgruppen des SFB bei. Für die Querschnitts-AG „*Theoretische Reflexion von Governance und ‚neuen‘ Formen des Regierens*“ werden wir empirische Erkenntnisse zu der Frage beisteuern, ob und wie Kernfunktionen von Staatlichkeit – hier die Bereitstellung von Sicherheit und von Institutionen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung – durch funktionale Äquivalente und durch externe Stabilisierungsstrategien zumindest temporär ersetzt werden können. Zur Querschnitts-AG „*Räume begrenzter Staatlichkeit und ihre zeitlichen Kontextbedingungen*“ tragen wir durch unsere Konzentration auf zerfallen(d)e Staaten bei. Schließlich liefert unser Teilprojekt analytisch-empirisches Material für A1 Risse/Lehmkuhl und trägt wesentlich zur Klärung der folgenden zwei Schlüsselfragen bei: Wie viel (Rest-) Staatlichkeit muss gegeben sei, damit „neue“ *Governance*-Formen effektiv Probleme bearbeiten können? Und kann die elementare Staatsfunktionen „Sicherheit“ gegebenenfalls durch funktionale Äquivalente ersetzt werden?

3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten des/der Teilprojektleiter/ Teilprojektleiterinnen

Seit September 2002 (bis 2005) läuft am Osteuropa-Institut der FU Berlin unter der Leitung von Prof. Sundhausen, Prof. Elwert (†) und *Dr. Zürcher* ein dreijähriges, von der Volkswagenstiftung gefördertes Projekt „Accounting for State Building, Stability & Violent Conflict: The Institutional Framework of Caucasian and Central Asian Transitional Societies“. Das hier vorge-

schlagene Projekt baut insofern darauf auf, als dass wir von der gewonnenen Erfahrung in Bezug auf Methodik und praktische Durchführbarkeit von Feldforschung in Zentralasien profitieren und insbesondere auf ein dichtes Netz von Arbeitskontakten zählen können. Das vorgeschlagene Projekt grenzt sich inhaltlich vom Volkswagenprojekt in mehrfacher Hinsicht ab: Das hier vorgeschlagene SFB-Projekt fragt, inwiefern extern angeleitete Kooperationspartnerschaften zur Erhöhung der Konfliktbearbeitungsfähigkeit von Post-Konfliktgesellschaften beitragen. Die im Rahmen des VW-Projektes entstandenen Einzelstudien orientierten sich dagegen an der Leitfrage, welche Beziehungskonfigurationen zwischen Staat und Gesellschaft sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickeln haben.

Dr. Schneckener ist seit 2003 externer Ko-Projektleiter im Teilprojekt D3 „Prävention und Intervention. Der Wandel von Staatlichkeit am Beispiel internationaler Sicherheitspolitik“ im Rahmen des DFG-geförderten SFB 597 „Wandel von Staatlichkeit“ an der Universität Bremen (Laufzeit der ersten Projektphase 2003-2006). In diesem Teilprojekt sollen Tendenzen zur Internationalisierung und Privatisierung von Sicherheitspolitik beschrieben und erklärt werden. Inwieweit kommt es seit Beginn der 1990er Jahre zur Verlagerung von Ressourcen und Entscheidungsprozessen auf die internationale Ebene? Während beim vorliegenden Antrag die Vorort-Situation im Vordergrund steht, konzentriert sich das Bremer Projekt auf die Entscheidungszentren der internationalen Organisationen bzw. wichtiger Mitgliedstaaten (z.B. USA). Insofern behandeln beide Projekte zwar unterschiedliche, aber doch komplementäre Fragestellungen. Eine inhaltliche Kooperation mit dem Bremer Projekt ist beabsichtigt (z.B. in Form eines gemeinsamen Workshops).

Aufgabenbeschreibung von Mitarbeitern der Grundausrüstung für die beantragte Förderperiode

Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (einschließlich Hilfskräfte)

1. PD Dr. Christoph Zürcher (C2) ist mit 15 Wochenstunden im Teilprojekt beschäftigt. Seine Aufgaben umfassen die Projektleitung, die Erarbeitung theoretischer Komponenten politikwissenschaftlicher und quantitativer Ansätze sowie der Methoden qualitativer, vergleichender Analysen und schließlich die Betreuung der Projektmitarbeiter einschließlich der Unterstützung der Feldforschung durch längere Monitoring-Einsätze. Zürcher bringt Regionalkenntnisse speziell für Mittelasien, Kaukasus und den Balkan mit.
2. Dr. Ulrich Schneckener (BAT IIa) ist mit 6 Wochenstunden am Teilprojekt beschäftigt. Seine Aufgaben umfassen die Projektleitung, das Einbringen theoretischer Ansätze der Friedens- und Konfliktforschung sowie von Methoden der qualitativen Sozialwissenschaften, die Zusammenarbeit mit dem SWP-Projekt „States at Risk“ und die Verknüpfung mit der Fragestellung des Gesamt-SFB.

3. Studentische Hilfskräfte der Forschungsdozentur (Sarah Riese, Julia Larycheva) sowie Praktikanten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik leisten Unterstützungsarbeiten bei Recherchen und der Administration des Teilprojekts.

**Aufgabenbeschreibung von Mitarbeitern der Ergänzungsausstattung
für die beantragte Förderperiode**

Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (einschließlich Hilfskräfte)

1. Jan Koehler (BAT IIa) ist mit 38,5 Stunden im Teilprojekt beschäftigt. Er besitzt Landes- und Sprachkenntnisse für die Feldforschung in Afghanistan und Tadjikistan, Erfahrung mit der Feldforschung sowie Arbeitserfahrung mit internationalen Organisationen und NGOs. Er führt eine der beiden Fallstudien durch, sorgt vor Ort für die Vernetzung mit relevanten Organisationen und unterstützt den/die zweite Mitarbeiter(in) durch *coaching* vor Ort. In Berlin bereitet er die Standardisierung des Untersuchungsrasters vor und legt die Grundlage für die systematische Sammlung quantitativer Daten (u.a. mit SPSS). Des Weiteren unterstützt er die Projektleitung bei der Administration. Jan Koehler wird bis 01/2006 promoviert sein.
2. Boris Wilke (BAT IIa/halbe), zur Zeit Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (März 2003 bis Ende Oktober 2005), Forschungsgruppe Asien, ist mit 19,5 Stunden im Teilprojekt beschäftigt. Er erstellt die Fallstudie zu Pakistan. Er verfügt über entsprechende Landes- und Regionalkenntnisse aufgrund der Mitarbeit in einem DFG-geförderten Forschungsprojekt „Staatsbildung und Staatszerfall. Die Zukunft des Regierens in den Regionen der Dritten Welt“ (durchgeführt an der Universität Hamburg und am Deutschen Orient-Institut, 1998-2001), dessen Resultate und Arbeitskontakte für das gesamte Teilprojekt fruchtbar gemacht werden können. Boris Wilke wird bis 01/2006 promoviert sein.
3. N.N., studentische Hilfskraft, ist mit 10 Wochenstunden im Teilprojekt beschäftigt und soll die Recherchen und Administration unterstützen.

Literatur

- Anderson, Mary B./Spelten, Angelika 2000: Conflict Transformation. How International Assistance Can Contribute, Bonn, Stiftung Entwicklung und Frieden.
- Anderson, Mary B./Olson, Lara 2003: Confronting War: Critical Lessons For Peace Practitioners, Cambridge, The Collaborative for Development Action.
- Baker, Pauline H./Weller, Angeli F. 1998: An Analytical Model of Internal Conflict and State Collapse: Manual for Practitioners, Washington, Fund for Peace.
- Ballentine, Karen/Sherman, Jake 2003: The Political Economy of Armed Conflict. Beyond Greed and Grievance, Boulder CO, Lynne Rienner Publishers.
- Bergstrand, Niklas 2003: Traditional Authority in Mozambique – A potential resource in the implementation of a rural development project? www.cbnrm.net/pdf/bergstrand_n_001_tradauthority.pdf (17.04.2005)
- Bierschenk, Thomas/Olivier de Sardan, J. 1997: ECRIS: Rapid Collective Inquiry for the Identification of Conflicts and Strategic Groups, in: Human Organization 56: 2, 238-244.
- Boyce, James K. 2002: Aid Conditionality as a Tool for Peacebuilding: Opportunities and Constraints, in: Development and Change 33: 5, 1025-1048.
- Christophe, Barbara, 2003: Bringing Culture back into a Concept of Rationality. State-Society Relations and Conflict in Post-Socialist Transcaucasia, in: Koehler, Jan/C. Zürcher, Christoph (Hrsg.): Potentials of Dis/Order. Explaining Conflict and Stability in the Caucasus and in the Former Yugoslavia, Manchester, Manchester UP, 193-208.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke, 2001: Greed and Grievance in Civil War, (Revised Version - October 2001). <http://www.worldbank.org/research/conflict/papers/greedandgrievance.htm> (17.04.2005).
- Collier, Paul/Elliott, Lani/Hegre, Håvard/Hoeffler, Anke/Reynal-Querol, Marta/Sambanis, Nicholas 2003: Breaking the Conflict Trap. Civil War and Development Policy, Washington DC, World Bank/Oxford University Press.
- Collins, Kathleen 2002: Clans, Pacts, and Politics in Central Asia, in: Journal of Democracy 13: 3, 137-152.
- Cramer, Christopher/Goodhand, Jonathan 2002: Try Again, Fail Again, Fail Better? War, the State, and the 'Post-Conflict' Challenge in Afghanistan, in: Development and Change 33: 5, 885-909.
- De Nardo, Janes 1985: Power in Numbers, Princeton NJ, Princeton UP.
- Debiel, Tobias/Klein, Axel, 2002: Fragile Peace, London/New York, Zed Books.
- Donini, Antonio 1996: Auf der Welle reiten, bis sie bricht. Intervention und der Süden, in: Debiel, Tobias/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn, Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, 185-209.
- Easter, Gerald 1996: Personal Networks and Post-Revolutionary State-Building. Soviet Russia re-examined, in: World Politics, 48, 551-578.
- Eckert, Julia M. (Hrsg.) 2004: Anthropologie der Konflikte, Bielefeld, transcript.
- Eisenstadt, Shmuel N./Roniger, Luis 1984: Patrons, clients and friends. Interpersonal relations and the structure of trust in society, Cambridge, CUP.
- Elbadawi, Ibrahim/Sambanis, Nicholas 2002: How Much War Will We See? Estimating the Prevalence of Civil War in 161 Countries, 1960- 1999, in: Journal of Conflict Resolution 46: 3, 307-338.
- Elwert, Georg 1994: Feldforschung - Vom literarischen Berichten zur methodisch angeleiteten qualitativen und quantitativen Forschung, Frankfurt/Oder.
- Elwert, Georg 2003: Intervention in Markets of Violence, in: Koehler, Jan/Zürcher, Christoph (Hrsg.): Potentials of (Dis)Order. Explaining Violence in the Caucasus and in the Former Yugoslavia, Manchester: Manchester University Press, 219-242.
- Elwert, Georg/Feuchtwang, S./Neubert, Dieter (Hrsg.) 1999: Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts, Berlin, Duncker & Humblot.
- Fearon, James D./Laitin, David D. 2001: Ethnicity, Insurgency, and Civil War. (Version vom 20. August 2001). <http://www.stanford.edu/group/ethnic/workingpapers/apsa011.pdf> (17.04.2005).
- Figueirido, Rui de/Weingast, Barry R. 1999: The Rationality of Fear: Political Opportunism and Ethnic Conflict, in: Walter, Barbara F./Snyder, Jack (Hrsg.): Civil Wars, Insecurity, and Intervention, New York, Columbia UP, 261-303.
- Freizer, Sabine 2002: What civil society after civil war? Looking beyond NGOs, a case study of Tajikistan. The European Society for Central Asia Studies (ESCAS) Conference, University of Bordeaux, 25-28 September 2002, Bordeaux.

- Gaigals, Cynthia/Leonhardt, Manuela 2001: Conflict-Sensitive Approaches to Development, London, Saferworld/International Alert/International Development Research Centre.
- Goldsmith, Arthur 2001: Foreign Aid and Statehood in Africa, in: *International Organization* 55: 1, 123-182.
- Goodhand, Jonathan/Atkinson, Philippa 2001: Conflict and Aid: Enhancing the Peacebuilding Impact of International Engagement. <http://www.international-alert.org/pdf/pubdev/Synthrep.pdf> (17.04.2005).
- Gumpfenberg, Marie-Carin von 1999: Elitenwandel in Kasachstan, in: *Osteuropa* 49: 3, 256-271.
- Gurr, Robert T. 1993: Why Minorities Rebel: A Global Analysis of Communal Mobilization and Conflict Since 1945, in: *International Political Science Review* 14: 2, 161-201.
- Hawk, Kathleen H. 2002: Constructing the stable state. Goals for intervention and peacebuilding. Westport CT, Praeger.
- Hechter, Michael 1986: A rational Choice Approach to Race and ethnic Relations, In: Mason, David/Rex, John (Hrsg.): *Theories of Race and Ethnic Relations*, Cambridge, Cambridge UP, 268-277.
- Hegre, Håvard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils P. 2001: Toward a democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816-1992, in: *American Political Science Review* 95: 1, 33-48.
- Hübner-Schmid, Katharina/Borries, Bodo von/Hasemann, Armin 2003: Netzwerk- und Akteursanalyse, FriEnt (Gruppe Friedensentwicklung), Bonn.
- Jansen, Dorothea 1999: Einführung in die Netzwerkanalyse: Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Opladen, Leske und Budrich.
- Kaufman, Robert R. 1974: The Patron-Client Concept and Politics: Prospects and Problems, in: *Comparative Studies in Society and History* 14, 254-308.
- Knaus, Gerald/Martin, Felix 2003: A European Raj?, in: *Journal of Democracy* 14: 3, 23-33.
- Knight, Jack 1992: *Institutions and Social Conflict*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Koehler, Jan 2004: Institutionalisierte Konfliktaustragung, Kohäsion und Wandel. Theoriegeleiteter Praxiseck auf Gemeindeebene, in: Eckert, Julia (Hrsg.): *Anthropologie der Konflikte; Georg Elwerts konflikttheoretische These in der Diskussion*, Bielefeld, Transcript, 273-297.
- Koehler, Jan/Zürcher, Christoph 2003: Concept paper on tolerance enhancing measures in rural Tajikistan and beyond, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Koehler, Jan/Zürcher, Christoph, 2004a: Conflict and the state of the state in the Caucasus and Central Asia: an empirical research challenge', in: *Berliner Osteuropa Info*: 21, 57-67.
- Koehler, Jan/Zürcher, Christoph, 2004b: Der Staat und sein Schatten. Betrachtungen zur Institutionalisierung hybrider Staatlichkeit im Süd-Kaukasus, in: *WeltTrends*, 12: 45 (Winter), 84-96.
- Koehler, Jan 2004: Assessing peace and conflict potentials in the target region of the GTZ Central Asia and Northern Afghanistan programme to foster food security, regional cooperation and stability, GTZ, ARC, Berlin, <http://www.arc-berlin.com/pages/currentprojects.htm> (17.04.2005).
- Krastev, Ivan 2002: The Inflexibility Trap. Frustrated Societies, Weak States and Democracy. <http://www.ceu.hu/cps/bluebird/pap/krastev1.pdf> (17.04.2005).
- Krastev, Ivan 2003: Bringing the State Up. Konferenzpapier 'Interethnic Relations in the Western Balkans: Problems, Instruments and Prospects for the Future', Berlin, 12.-13. September 2003.
- Law, John/Hassard, John 1999: *Actor network theory and after*, Oxford, Malden, Blackwell.
- Lemarchand, René/Legg, Keith 1972: Political Clientelism and Development, in: *Comparative Politics*, 4: 2, 149-178.
- Leonhardt, Manuela, 2001a: Conflict Impact Assessment for Development Projects. A practical guideline, Draft, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Leonhardt, Manuela 2001b: Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.
- Lomnitz, Larissa A. 1988: Informal Exchange Networks in Formal Systems: A Theoretical Model, in: *American Anthropologist*, 90: 1, 42-53.
- Luhmann, Niklas 1983: *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt/M., stw.
- Milliken, Jennifer/Krause, Keith 2002, November: State Failure, State Collapse, and State Reconstruction: Concepts, Lessons and Strategies, in: *Development and Change* 33: 5, 753-774.
- Northern Afghanistan programme to foster food security, regional cooperation and stability. Report for the GTZ, Berlin 2004 (typoscript).
- Nyheim, David/Manuela Leonhardt/Gaigals, Cynthia 2001: *Development in Conflict: A Seven Step Tool for Planners*, Saferworld/International Alert/FEWER, London.

- Opondo, Enoch O. 1996: Humanitäre Intervention, Staat und civil society in Kenia, in: Debiel, Tobias/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn, Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, 251-272.
- Powell, Walter W. 1990: Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organization, in: Research in Organizational Behavior 12, 295-336.
- Ragin, Charles 1987: The Comparative Method: Moving beyond Qualitative and Quantitative Strategies, Berkeley, University of California Press.
- Reno, William 2000: Shadow States and the Political Economy of Civil Wars, in: Berdal, Mats/Malone, David M. (Hrsg.): Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars, Boulder CO, Lynne Rienner Publishers, 43-69.
- Rotberg, Robert I. (Hrsg.) 2003: State Failure and State Weakness in a Time of Terror, Cambridge MA/Washington DC, World Peace Foundation/Brookings Institution Press.
- Rotberg, Robert I. (Hrsg.) 2004: When States Fail. Causes and Consequences, Princeton NJ, Princeton UP.
- Roth, Günther 1968: Personal Rulership, Patrimonialism, and Empire-Building in the New States, in: World Politics 20: 2, 194-206.
- Sambanis, Nicholas et al 2000a: International Peacebuilding: A Theoretical and Quantitative Analysis, in: American Political Science Review, 94: 4, 779-801.
- Sambanis, Nicholas et al. 2000b: Policies for Building Post-Conflict Peace, in: Journal of African Economies 9: 3, 322-347.
- Scharpf, Fritz W. 2000: Institutions in Comparative Policy Research, in: Comparative Political Studies 33: 6-7, 762-790.
- Schneckener, Ulrich (Hg.) 2004: States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, Studie 43/04, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schneckener, Ulrich 2002: Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Schneckener, Ulrich 2003: Warum manche den Frieden nicht wollen? Eine Soziologie der "Störenfriede", in: Caließ, Jörg (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors, Rehbürg-Loccum, Loccumer Protokolle 58/02, 61-80.
- Scott, James 1997: Social network analysis: a handbook, London/Thousand Oaks/New Delhi, Sage Publ.
- Sisk, Timothy 1997: Power Sharing and International Mediation in Ethnic Conflicts, Washington, DC, Carnegie Commission/United States Institute of Peace.
- Spelten, Angelika 1999: Instrumente zur Erfassung von Konflikt- und Krisenpotentialen in Partnerländern der Entwicklungspolitik, München, Weltforum Verlag.
- Ssereo, Florence 2003: Clanpolitics, Clan-democracy and Conflict Regulation in Africa: The Experience of Somalia, in: The Global Review of Ethnopolitics 2: 3-4, 25-40.
- Stedman, Stephen J. 2000, Spoiler Problems in Peace Processes.
<http://www.nap.edu/books/0309070279/html/178.html> (17.04.2005)
- Stedman, Stephen 1997: Spoiler Problems in Peace Processes, in: International Security 22: 2, 5-53.
- UNDP, 2003: Human Development Report 2003 Indicators.
http://www.undp.org/hdr2003/indicator/cty_f_MOZ.html (17.04.2005)
- Uvin, Peter 1999: The Influence of Aid in Situations of Violent Conflict, Paris Informal task force on conflict, peace and development co-operation/Development Assistance Committee.
- Wilke, Boris 2000: Die Gewaltordnungen Karachis, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 28: 2, 235-253.
- Wilke, Boris 2004: Pakistan: Scheiternder oder „überentwickelter“ Staat?, in: Schneckener, Ulrich (Hrsg.): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, 140-156.
- Wilke, Boris 2005a: Boundaries of State and Military in Pakistan, in: Schlichte, Klaus (Hrsg.): The Dynamics of States, Aldershot et al., Ashgate.
- Wilke, Boris 2005a: Pakistan, in: Steinbach, Udo/ von Gumpfenberg, Marie-Carin: Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Ein Lexikon, München, Beck, 220-225.
- Willerton, John P. 1992: Patronage and politics in the USSR, Cambridge Cambridge University Press.
- Zürcher, Christoph 2004: Einbettung - Entbettung: Empirische institutionenzentrierte Konfliktanalyse, in: Eckert, Julia (Hrsg.): Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische These in der Diskussion. Bielefeld: Transcript, 101-121

Anhang: Hintergrundinformationen zu den Ländern der Pilotfallstudien

A. Tadjikistan

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte in Tadjikistan zu einem Bürgerkrieg, der etwa 50.000 Menschen das Leben kostete. Auslöser des Kriegs war ein zunehmend entregelt ausgeprägter Machtkampf regionaler strategischer Elite-Gruppen, welcher sich nach 1992 zu einem blutigen Krieg zwischen Angehörigen verschiedener regionaler Gruppen entwickelte. Der Krieg erlebte seine intensivste und blutigste Phase 1992-1993. 1996 kam es zu einem Friedensabkommen; 2000 ereigneten sich die letzten nennenswerten bewaffneten Zusammenstöße. Die internationale Gemeinschaft hat nach 1997, unter der Ägide der UN (UNTOP), erheblich in den Peace-Building-Prozess investiert. Diese Anstrengungen wurden im Zusammenhang mit der Intervention in Afghanistan und der (neu) erkannten strategischen Wichtigkeit der Region Mittelasien-Afghanistan weiter verstärkt. Seither hat sich Tadjikistan zu einem beinahe idealtypischen Beispiel für das staatsäquivalente Funktionieren von öffentlich-privaten Partnerschaften entwickelt. Seit 2001 haben aller grossen vor Ort tätigen INGO und IO (darunter UNTOP, UNCHR; OSCE; USAID, Care; Mercy Corps, GTZ; MSDSP) ihre Programme auf Konfliktbearbeitung „gemainstreamt“.

In weiten Teilen des Landes, insbesondere in den ehemaligen oppositionellen Regionen Garm und Badakhshan, ist die Bereitstellung öffentlicher materieller Güter, aber auch etwa der Zugang zu konfliktregulierenden Institutionen, weitgehend an eine Kooperation von IO (v.a. UN-Agenturen), INGOS und NGO outgesourct worden, welche mit den Patrons vor Ort kooperieren. Diese Arrangements sind bis dato erstaunlich stabil; allerdings muss hinter ihre Innovationsfähigkeit ein großes Fragezeichen gesetzt werden – es ist nicht auszuschließen, dass diese Regelungen einen Status quo perpetuieren, der die selbstständige Entwicklungsmöglichkeit in diesen Regionen erschwert.

Unsere Fallstudie wird drei Regionen untersuchen (für eine ausführliche Darstellung dieser Regionen s. Zürcher 2004).

(1) Khatlon

Die erste ist die *Region Khatlon* im Südwesten des Landes. Diese Region ist das Stammland des Präsidenten; der Zugriff des Zentralstaates ist hier stärker ausgeprägt als in anderen Regionen. Khatlon grenzt im Süden an Afghanistan und gilt als eine Drogentransitroute. Die Grenze ist bislang noch von der Russischen Armee bewacht. Sowohl die tadjikischen Sicherheitskräfte wie auch die russische Armee sind in den Drogentransit involviert. Im Westen der Region wird Baumwolle angebaut, der einzige *cash crop* des Landes. Erlöse aus Baumwolle-Export und aus Drogenschmuggel gelten als wichtige Einnahmequelle der politischen Elite. In 2004 kam es in der Region zu Protesten gegen die Regierung. Auslöser war die schwierige soziale Lage des größten Teils der Bevölkerung. Einen weiteren Unruheherd machen Beobachter in der Unzufrie-

denheit einiger lokaler *big men* aus, deren Hoffnung auf Partizipation an den Kriegsgewinnen enttäuscht wurde.

(2) *Garm / Rasht*

Zweitens untersuchen wir die *Region Garm/Rasht* im Osten des Landes. Diese Region gilt als die Hochburg der islamischen Opposition. Der Zentralstaat ist wenig präsent; allerdings unternimmt der Präsident erhebliche Anstrengungen, um einige lokale *big men* in ihr Patronage-Netzwerk einzubinden. Die Anführer der Opposition zeigen sich zunehmend erbittert über die Tatsache, dass der Anteil der Vertreter der Opposition in Dushanbe seit 2003 ständig abnimmt (was im Widerspruch zu dem 1997 getroffenen Friedensabkommen steht).

(3) *Gorno Badakhsan*

Die dritte von uns untersuchte Region ist die *Region Gorno Badakhsan* im Südosten des Landes. Badkhsan ist ebenfalls eine oppositionelle Region; die Region ist dünn besiedelt und für ihre Nahrungssicherheit auf die Hilfe internationaler Geberorganisationen angewiesen. Badakhshanis sind aus fast allen politischen Ämtern auf nationaler Ebene verdrängt worden; sie sind aber sehr stark integriert in die Arbeit zahlreicher NGO und INGO und wissen mit der Agha Khan Foundation die wichtigste INGO in Tajikistan an ihrer Seite.

B. Afghanistan

Afghanistan gilt mit einigem Recht als das Beispiel schlechthin für den Nexus von scheiternder Staatlichkeit, einer Bandbreite von Interventionen von außen und gewaltsamer Konfliktaustragung. Es ist dem neuzeitlichen afghanischen Staat nie gelungen, das beanspruchte Territorium jenseits der urbanen Zentren nachhaltig mit seinen Institutionen zu durchdringen. Der Staat wurde nicht als vereinheitlichte höchste Instanz der Regelung gesellschaftlicher Zusammenhänge gegenüber Partikularinteressen handlungsmächtiger lokaler und regionaler Gruppen durchgesetzt. Regieren bedeutete seit der Entstehung Afghanistans in erster Linie herrschaftsrelevante Lokalgruppen zu kooptieren, gegeneinander auszuspielen oder faktische Autonomien solange zu tolerieren, bis sie den Rumpfstaat in den urbanen Zentren gewaltsam herausforderten. Die Existenz regionaler Autonomien und gewaltsame Spannungen zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen boten und bieten eine breite Angriffsfläche für indirekte Einflussnahme oder direkte Intervention von außen. Dies umso mehr, als diese Autonomien teils markiert sind durch ethno-linguale bzw. tribale Bezüge über Grenzen zu den regional mächtigen Nachbarstaaten Pakistan, Iran und die (ehem.) Sowjetunion (Tajikistan, Usbekistan, Turkmenistan).

Die Situation heute, nach dem Fall der Taliban Regierung und der Besetzung des Landes, ist geprägt von drei parallelen Prozessen. Erstens bemühen sich Internationale Organisationen, bilaterale Geberländer und internationale NROs unter dem Dach eines Mandates der Vereinten Nationen den neuen Staat durch Entwicklungszusammenarbeit und die Präsenz eines internationalen Schutz- und Wiederaufbaukontingents (ISAF) zu stärken.

Der Erfolg dieses Unterfangens muss sich, zweitens, daran messen, inwieweit es gelingt, militärisch aufgerüstete und von ehemaligen Gewaltunternehmern beherrschte regionale und lokale Autonomien zurückzufordern und unter die Kontrolle des Zentralstaates zu stellen. Dabei spielt eine erhebliche Rolle, dass viele lokal und regional operierende Gewaltunternehmer eine erhebliche Quelle zur dauerhaften Selbstfinanzierung durch Besteuerung der boomenden Opium-Rohstoff-Ökonomie und Kontrolle der Staatsgrenzen für sich behaupten können. Damit entsteht Potential für eine lokal oder regional durchgesetzte, alternative staatsähnliche Ordnung. Diese Herausforderung für den Zentralstaat betrifft daher zunächst die Herstellung eines glaubwürdigen staatlichen Anspruchs auf das Gewaltmonopol als Voraussetzung für die Schaffung gewaltfreier Räume und das Steuermonopol als Voraussetzung für die Selbstfinanzierung des Staates und seinen Leistungen. Weiter steht der afghanische Staat vor der Aufgabe, durch die Bereitstellung eines Mindestmaßes an materiellen öffentlichen Gütern Legitimität bei einer skeptischen Bevölkerung zu erwirtschaften. Auf beide Herausforderungen reagieren derzeit vor allem außerstaatlichen Akteure - das Staatsbudget ist fremdfinanziert, der Staat lässt sich von fremden Truppen beschützen und die Entwicklung von Institutionen lokaler Selbstverwaltung wird von der Weltbank finanziert und von INGOs und IOs auf Lokalebene umgesetzt.

Drittens führen die Amerikaner weiterhin militärische und polizeiliche Operationen jenseits der Kontrolle des afghanischen Staates durch. Nach wie vor finden Absprachen und taktisch-militärische Kooperation eher mit lokalen, als loyal eingestuften Kommandeuren statt, als mit den formal zuständigen Agenturen des Zentralstaates.

Die Fallstudie Afghanistan soll in zwei Regionen des Landes durchgeführt werden.

(1) Afghan Badakhshan

Afghan Badakhshan liegt im äußersten Nordosten Afghanistans und grenzt an Tadjikistan im Norden, China im Osten und Pakistan im Südosten. Die Provinz galt schon vor dem Krieg als besonders entlegen und arm. Die Bevölkerung setzt sich aus mehrheitlich sunnitischen Tadschiken, ismailitischen Pamiris, saisonal migrierenden Kuchi Paschtunen und einigen tausend Kirgisen zusammen. Badakhshan war Hochburg und Rückzugsgebiet einiger der einflussreichsten tadschikischen Jihadi Kommandeure⁵, die gegen die sowjetische Besatzung und später in der Vereinigten Front (Nordallianz) gegen die Taliban kämpften. Es ist die einzige Provinz Afghanistans, die nie von den Taliban eingenommen wurde. Auch deshalb weist Afghan Badakhshan seit den 90er Jahren eine vergleichsweise hohe Dichte an internationalen und bilateralen Entwicklungsorganisationen auf. Seit der Dürre 1998-2000, der ein Großteil der Viehbestände zum Opfer fielen, und dem Taliban Bann gegen Schlafmohnanbau in den von ihnen kontrollierten Gebieten, der die Opium- und Heroinproduktion verlagerte und die Preise in die Höhe trieb, wurde Badakhshan zu einem der wichtigsten Opiumproduzenten Afghanistans. Lokale Kom-

⁵ Der Begriff bezeichnet Kommandeure, die in Abgrenzung zu Taliban oder den offiziellen Militärs gegen den von der Sowjetunion gestützten sozialistischen Staat und die Besatzung in den 80er Jahren gekämpft haben.

mandeure verfügen über relativ große Handlungsautonomie im Hinblick auf ihr Verhältnis zur finanzintensiven Drogenökonomie und zu den entstehenden staatlichen Institutionen (z.B. zentral ernannte Provinz- und Distriktverwaltungen) und Maßnahmen (z.B. der zentral finanzierte und von INGOs umgesetzte Aufbau von Keimzellen dörflicher Selbstverwaltung, den NSP Shuras). Dadurch ist das Verhältnis zum Staat lokal unterschiedlich und erfasst eine Bandbreite von loyal über indifferent bis hin zu offener gewalttätiger Ablehnung.

(2) Nangarhar-Laghman-Kunar

Die Provinzen Nangarhar, Laghman und Kunar gehören zum sogenannten paschtunischen Gürtel, der von paschtunischen Stämmen besiedelte Gebiete diesseits und jenseits der Grenze zu Pakistan umfasst. Sowohl in Pakistan als auch in Afghanistan haben sich erfolgreiche Abschottungsstrategien entwickelt, die Handlungsmacht und Einfluss staatlicher Institutionen stark einschränken und oft als traditionelle segmentäre Stammeskultur verklärt werden (Paschtunwali oder Paschtunentum). Die Bevölkerungsdichte entlang des Kabul Flusses ist die größte im ländlichen Afghanistans. Die Provinz Nangarhar produziert mehr Opium als alle anderen Provinzen Afghanistan. Macht und Einfluss von ehemaligen Jihadi Kommandeuren, die die Taliban nach der Machtübernahme Karsais ablösten, ist ein bestimmender Faktor für die Drogenökonomie, den Aufbau staatlicher Verwaltung und den häufig gewaltsam ausgetragenen Alltagskonflikten zwischen Haushalten, Clans und Gemeinden. Parallele Herrschaftsstrukturen, die über vertikal kontrollierte Ratsversammlungen die Dorfebene über Distrikt- und Provinzebene mit paramilitärischer informeller Führung auf Supra-Provinz eben verbindet (dem Rat der Östlichen Provinzen unter der Führung einer Jihad-Kommandeur Familie), erscheinen stärker integriert und großflächiger durchgesetzt als dies in Afghan Badakhshan der Fall ist. Mit der Stationierung amerikanischer Kampfeinheiten in den Provinzen und der anstehenden Drogenvernichtungskampagne ab Frühjahr 2005 wird die erreichte hinhaltende Stabilität in der Region auf eine harte Probe gestellt werden. Teile Laghmans und Kunars gelten schon heute als *no-go areas* für internationale Entwicklungsorganisationen sowie ungebetene Vertreter des Zentralstaates.

C. Pakistan

Pakistans instabile Staatlichkeit ist seit Mitte der 1960er Jahre ein Dauerthema (vgl. Wilke 2005a, b). Dabei bezogen sich Zerfallsbefunde und -prognosen zunächst auf das Verhältnis des östlichen zum westlichen Landesteil und damit auf die fehlgeschlagene Nationswerdung Pakistans. Seit der Abspaltung Bangladeschs im Jahr 1971 steht auf nationaler Ebene die Frage im Mittelpunkt, auf welche Weise „Restpakistan“ einen Ausweg aus dem Trilemma von schwächer werdenden politischen Institutionen, fehlender *accountability* und defekter Demokratie finden kann. Militärputsche, Verfassungskrisen, innerstaatliche Gewaltkonflikte, das schwierige Verhältnis zum benachbarten Bürgerkriegsland Afghanistan sowie die antagonistische Beziehung zu Indien haben sich seit dem 11. September 2001 zu einem Szenario zusammengefügt, in dem das

Scheitern und der Zerfall der Atommacht Pakistan zumindest mittelfristig real werden könnte (vgl. auch Wilke 2004).

Gleichzeitig lässt sich seit gut zwei Jahrzehnten auf lokaler Ebene beobachten, wie private Akteure an die Stelle des Staates treten und öffentliche Güter wie Sicherheit, Wohlfahrt und Bildung feilbieten. Dabei ist regional zu unterscheiden zwischen jenen Gebieten, in denen sich die Staatsgewalt in der Folge gewaltsamer Auseinandersetzungen zurückgezogen hat (Karatschi, „Inner Sind“, Teile Belutschistans), und jenen Gegenden, in denen die staatliche Zentralmacht ihre ohnehin schwache Präsenz weiter reduziert hat (sog. Stammesgebiete und Nördliche Gebiete an der Grenze zu Afghanistan). Auch funktional kann *prima facie* unterschieden werden zwischen erzwungenem Rückzug des Staates im Bereich der Gewaltverwaltung und gewollter oder zumindest geduldeter Privatisierung von öffentlichen Leistungen im Bildungs- und Wohlfahrtsbereich.

Die geopolitische Bedeutung Pakistans zunächst als Frontstaat des Kalten Krieges und nun des Anti-Terror-Krieges sowie seine regionale machtpolitische Bedeutung, die sich letztlich auf der inneren Disziplin und nuklearen Schlagkraft seiner Armee gründet, bedingen es, dass die meisten der privaten „Dienstleister“ in den internationalen Debatten in erster Linie als Störenfriede einer fragilen, durch terroristische Bedrohungen gefährdeten Staatlichkeit perzipiert werden. Die Übernahme öffentlicher Dienstleistungen durch private religiöse und nichtreligiöse Akteure könnte aber vor dem Hintergrund der angesichts der geopolitischen Gegebenheiten nicht kurzfristig zu reduzierenden Haushaltsprobleme Pakistans einerseits und einer weiterhin exorbitant wachsenden Bevölkerung (heute etwa 160 Mio. Einwohner, Geburtenrate über 5) auch als eine Chance für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und privaten Korporationen betrachtet werden. Sehen doch viele Experten das Problem Pakistans weniger in der Schwäche als in der erdrückenden Stärke namentlich seiner militärischen Institutionen, die der Entwicklung einer zivilen Gesellschaft zu wenig Raum lassen. Gleichzeitig ist es die Privatisierung nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Sicherheitspolitik an nicht-staatlicher Gewaltakteure (sog. Jihadis), die in den letzten zwei Jahrzehnten genau diesen starken Staat unterminiert und einen „Staat im Staate“ (Präsident Musharraf) geschaffen hat. Die Intervention externer Akteure wiederum scheint, wo sie im Rahmen des Anti-Terror-Krieges auf Kooperation mit dem politisch-militärischen Establishment basiert, die Erosion staatlicher Legitimität und Funktionalität noch stärker denn je in Frage zu stellen. Inwieweit die massive Erhöhung von Entwicklungshilfe im Bildungs- und Wohlfahrtssektor insbesondere seitens der USA die Chancen für eine Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen, nationalen und internationalen Akteuren verbessert, ist derzeit noch nicht abzusehen und soll Gegenstand der Untersuchung sein.

Dieser höchst widersprüchliche Befund soll in der Fallstudie anhand von drei lokalen Beispielen untersucht werden.

(1) *Karatschi*

Erstens werden mit der Region *Karatschi* die institutionelle Ordnung und die Akteure des ökonomischen Zentrums Pakistans in den Blick genommen (vgl. Wilke 2000). Obwohl die Millionenmetropole im Gefolge eines lokal begrenzten Bürgerkrieges in den achtziger Jahren für den Staat unregierbar geworden ist und heute von ethnischen und religiösen Milizen kontrolliert wird, werden in Karatschi weiterhin mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung des Landes erbracht. Die Situation erscheint paradox: Neben dem Staat haben sich äquivalente Versorgungseinrichtungen etabliert, die zwar ein stetiges Wirtschaftswachstum garantieren, aber dem Staatsoberhaupt bleibt es aufgrund terroristischer Bedrohungen z. Zt. verwehrt, die Stadt regelmäßig zu besuchen (Terroranschläge auf den Präsidenten und lokalen Militärkommandeur im Jahr 2004). Denn die „Rackets“, die Karatschi regieren, verfügen über ein weites Netzwerk an Kontakten bis hin nach Afghanistan und in den Bereich des internationalen Terrorismus. Zugleich sind die etablierten politischen Parteien untereinander heftig zerstritten, bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die den politischen Prozess lahm legen. Die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen fällt daher inzwischen in den Verantwortungsbereich international gut vernetzter privater Akteure (wie der „Edhi-Foundation“), die besonders im Gesundheitswesen eine herausragende Stellung einnehmen. Inwieweit sich aus diesem Arrangement langfristig eine stabile Ordnung entwickeln könnte und welche Rolle Dritte hierbei spielen könnten, soll untersucht werden.

(2) *Nordwestgrenzprovinz / Stammesgebiete*

Zweitens sollen die *Nordwestgrenzprovinz* und die sog. autonomen *Stammesgebiete* untersucht werden, wo sich sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit tribale vorkoloniale Formen der Bereitstellung von Sicherheit, Wohlfahrt und Recht erhalten haben. Diese aus der Sicht westlicher Beobachter und des Staates zum größten Teil als illegal und illegitim geltenden „traditionellen“ Staatsäquivalente haben inzwischen neue Konkurrenz in Form von transnational ausgerichteten religiösen Organisationen erhalten. Der Staat nimmt hier, wie auch in den Stammesgebieten, die ein sehr hohes Maß an verfassungsrechtlicher Autonomie besitzen und für den Staat faktisch *off-limits* sind, eine vermittelnde Position zwischen den Parteien ein, so dass sein „Rückzug“ bzw. die nicht erfolgte Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nicht in jedem Fall seine Schwächung bedeutet. Das Engagement der *Donors* ist in der Grenzprovinz besonders ausgeprägt und nach dem 11. September 2001 noch einmal verstärkt worden. Die Zusammenarbeit mit den Behörden ist allerdings nach der Machtübernahme der religiösen Parteien im Herbst 2002 schwieriger geworden, so dass internationale Akteure vor der schwierigen Frage stehen, ob sie eher auf tribale oder auf religiöse Führer setzen sollen.

(3) *Nördliche Gebiete*

Drittens soll mit den *Nördlichen Gebieten* eine Bergregion untersucht werden, die völkerrechtlich zum zwischen Pakistan und Indien umstrittenen Kaschmirgebiet zählt. Gleichzeitig liegt sie in unmittelbarer Nachbarschaft zu den ebenfalls von Ismaili bewohnten Regionen in Afghanistan

und Tadschikistan. In diesen Gebieten waren die zentralstaatlichen Institutionen Pakistans de facto und de jure nie richtig präsent, sondern hier haben stets traditionelle, lokale Kräfte dominiert und in einer Form autonomer Selbstverwaltung ihre Angelegenheiten geregelt. Gleichzeitig agieren in der Region transnationale NGOs (vor allem das Netzwerk der Aga Khan-Stiftung), die gewisse Leistungen in den Bereichen Sicherheit und Wohlfahrt bereitstellen.